

Arnd Bauerkämper

Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.920>

Reprint von:

Arnd Bauerkämper, Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren, in: Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, herausgegeben von Peter Hübner, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 15), ISBN 978-3-412-13898-1, S. 37-65

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Arnd Bauerkämper (1999), Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.920>

Ursprünglich erschienen als: Arnd Bauerkämper, Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren, in: Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, herausgegeben von Peter Hübner, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 15), ISBN 978-3-412-13898-1, S. 37-65

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 15

Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen
der DDR-Geschichte, Band 4

Peter Hübner (Hg.)

Eliten im Sozialismus

Beiträge zur Sozialgeschichte
der DDR



1999

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

ZZF 10529 (HBB ZZF)
Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Eliten im Sozialismus :

Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR / Peter Hübner (Hg.). –

Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 1999

(Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte ; Bd. 4)

(Zeithistorische Studien ; Bd. 15)

ISBN 3-412-13898-3

© 1999 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Walter Womacka: „Unser Leben“, 1964, vierteiliges Wandbild am

Haus des Lehrers in Berlin, 125 x 7 m (Ausschnitt), Foto: Jan Buschbom, Berlin 1999

Druck und Bindung: MVR-Druck, Brühl

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-13898-3

Inhalt

PETER HÜBNER

Einleitung: Antielitäre Eliten? 9

*I. Allgemeine Aspekte des „realsozialistischen“ Elitenproblems:
Traditionen, Mentalitäten, Wertorientierungen*

ARND BAUERKÄMPER

Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft,
Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der
SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren 37

JÜRGEN DANYEL

Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis
der ostdeutschen Eliten 67

VICTORIA KAINA/MARTINA SAUER

Ostdeutsche Eliten und gesamtdeutsche Führungsschicht im
gesellschaftlichen Integrationsprozeß. Ergebnisse der
„Potsdamer Elitestudie 1995“ 87

II. Partei- und Staatsapparat

HELGA A. WELSH

Kaderpolitik auf dem Prüfstand:

Die Bezirke und ihre Sekretäre 1952–1989 107

RUTH-KRISTIN RÖSSLER

Aspekte der Personalentwicklung und der Personalpolitik in der Justiz
der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR 131

SABINE ROSS

Verhinderter Aufstieg? Frauen in lokalen Führungspositionen des DDR-
Staatsapparats der achtziger Jahre 147

RÜDIGER WENZKE

„Bei uns können Sie General werden ...“ Zur Herausbildung und
Entwicklung eines „sozialistischen Offizierkorps“ im DDR-Militär 167

JENS GIESEKE

„Genossen erster Kategorie“: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des
Ministeriums für Staatssicherheit als Elite 201

SEBASTIAN SIMSCH

„ was zeigt, daß sie ideologisch zurückgeblieben sind“.
Personelle Grenzen der frühen DDR-Diktatur am Beispiel der
FDGB-Funktionäre in und um Dresden, 1945-1951 241

III. Wirtschaft

CHRISTOPH BOYER

Bürohelden? Arbeitshabitus und Verwaltungsstil der zentralen
Planbürokratie in der formativen Phase der SBZ/DDR 255

FRIEDERIKE SATTLER

Zwischen politischem Kurs und pragmatischem Zwang: Zum
Konfliktverhalten von SED-Wirtschaftsfunktionären im
Land Brandenburg im Krisenjahr 1947 273

GEORG WAGNER-KYORA

Loyalität auf Zeit - zur Identität der Management-Elite der
DDR-Chemieindustrie in den fünfziger Jahren 299

CHRISTEL NEHRIG

Das Leitungspersonal der Volkseigenen Güter 1945-1970 309

PETER HÜBNER

Menschen-Macht-Maschinen. Technokratie in der DDR..... 325

IV. Wissenschaft und Forschung

RALPH JESSEN

Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und
Identitätskonstruktionen der Hochschullehrer in West- und
Ostdeutschland nach 1945 361

SONJA HÄDER

Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität
Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung
1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität..... 381

DOLORES L. AUGUSTINE

Berufliches Selbstbild, Arbeitshabitus und Mentalitätsstrukturen von
Software-Experten der DDR..... 405

Anhang

Literaturverzeichnis 435

Autorenverzeichnis 473

ARND BAUERKÄMPER

Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren

1. Kaderpolitik und Kadersystem

In modernen, auf Massenbewegungen und plebiszitärer Akklamation basierenden Diktaturen, die mit ihren spezifischen pseudodemokratischen Legitimationsstrategien die Geschichte des 20. Jahrhunderts nachhaltig geprägt haben, bildet der Elitenwechsel eine integrale Komponente des ehrgeizigen Projekts, die Gesellschaft der politischen Herrschaft der jeweiligen Machthaber zu unterwerfen. In den west- und mitteleuropäischen Staaten waren dabei die vorangegangene Demokratisierung und die Ausweitung der politischen Partizipation ebensowenig vollständig reversibel wie die – durch neue Medien, Verkehrsmittel und Übermittlungstechniken begünstigte – Zunahme der sozialen Mobilität und Kommunikation seit dem späten 19. Jahrhundert. Diktatorische Regimes zielten deshalb zugleich auf eine gesellschaftliche Mobilisierung und auf die weitgehende ideologische Durchdringung sowie politische Formierung sozialer Strukturen und Beziehungen. Ausgehend von chiliastisch-eschatologischen Befreiungsvisionen, einem hypertrophen Voluntarismus und einem nahezu grenzenlosen Idealismus, sollten nicht nur Monopolpartei, Staat und Gesellschaft miteinander verschmolzen, sondern auch die Individuen zu „neuen Menschen“ umgeformt werden.¹

1 Hans Meier, *Konzepte des Diktaturenvergleichs: „Totalitarismus“ und „politische Religionen“*, in: ders. (Hg.), *Totalitarismus und politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Paderborn 1996, S. 233–250, bes. S. 246, 250; ders., „Politische Religionen“ – Möglichkeiten und Grenzen eines Begriffs, in: ders./Michael Schäfer (Hg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Bd. 2, Paderborn 1996, S. 299–310, bes. S. 309. Die Vision der allumfassenden nationalen Gemeinschaft und das Ziel gesellschaftlicher Erneuerung als Mobilisierungsgrundlage des Nationalsozialismus werden betont in: Peter Fritzsche, *Germans into Nazis*, London 1998, bes. S. 9, 225–228, 231, 233–235. Zum Konzept der modernen Diktaturen: Jürgen Kocka, *Nationalsozialismus und SED-Diktatur im Vergleich*, in: ders., *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*, Göttingen 1995, S. 93; ders., *Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung*, in: ders. (Hg.), *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*, Berlin 1993, S. 22–24; Richard Löwenthal, *Widerstand im totalen Staat*, in: ders./Patrick von zur Mühlen (Hg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, Berlin 1984, S. 11f. Modernisierungstheoretische Vorüberlegungen bei: Hans-Ulrich Wehler,

In diesem herrschafts- und erziehungspolitischen Konzept nahmen Eliten eine Schlüsselposition ein. Führungsgruppen sollten die Herrschaftsideologie verkörpern und hatten das politische Programm der Machthaber zu exekutieren. Die Etablierung der kommunistischen Diktatur ging deshalb auch in Ostdeutschland mit einem umfassenden Elitenwechsel einher, der sich noch einschneidender auf die Struktur der politischen und gesellschaftlichen Führungsgruppen auswirkte als die nationalsozialistische „Machtergreifung“. Während in der NS-Diktatur traditionale Führungsgruppen in Militär, Wirtschaft und Verwaltung überwiegend erst im Zweiten Weltkrieg, besonders nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 (und dann auch nur teilweise) entmachtet wurden, griff die KPD bzw. SED – vorangetrieben oder zumindest protegert von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) – schon unmittelbar nach dem Kriegsende tief in die bereits erschütterte Gesellschaftsstruktur ein. Die Entmachtung traditionaler Führungsgruppen und die gezielte Heranbildung neuer Eliten sollten die Herrschaft der kommunistischen Spitzenfunktionäre durchsetzen und das sowjetische Besatzungsregime abschirmen. Ausgehend von der Forderung nach einer weitreichenden Entnazifizierung – die zwar auf dem breiten „antifaschistischen“ Konsens basierte, aber zugleich zur „Geburtsstunde der sozialistischen Kaderpolitik“² wurde – und legitimiert mit dem Ziel einer nachhaltigen „Demokratisierung“ Deutschlands, hatten die 1945/46 eingeleitete Schul-, Justiz- und Bodenreform bereits in den späten vierziger Jahren weitreichende soziale Umschichtungen herbeigeführt. So waren Neubauern in die ländliche Gesellschaft implantiert worden, der Einfluß von „Volksrichtern“ in der Rechtsprechung hatte zugenommen und „Neulehrer“ waren von Schnellkursen direkt in die Schulen überführt worden. Noch bevor die SMAD in ihrem Befehl Nr. 35 am 26. Februar 1948 die Auflösung der Entnazifizierungskommissionen anordnete, hatte die SED-Führung den Aufbau ihrer Diktatur forciert. Die damit einhergehende Radikalisierung der Politik löste in der SBZ in den späten vierziger Jahren einen weiteren Elitenwechsel aus, der insgesamt untrennbar mit den Herrschaftsansprüchen der kommunistischen Machthaber und dem politisch induzierten gesellschaftlichen Wandel in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und DDR verbunden war.³

Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und DDR, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 350–352.

- 2 Manfred Stock, *Bildung und Macht, Technik und Lebensstil. Das Beispiel der „sozialistischen Intelligenz“ in der DDR*, in: Sonja Häder/Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), *Bildungsgeschichte einer Diktatur. Bildung und Erziehung in SBZ und DDR im historisch-gesellschaftlichen Kontext*, Weinheim 1997, S. 297.
- 3 Jürgen Kocka, *Eine durchherrschte Gesellschaft*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 548f.; Lutz Niethammer, *Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR*, in: ebd., S. 104f.; Ralph Jessen, *Die Gesellschaft des Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR*, in: *Geschichte und Gesellschaft (GG)* 21, 1995, S. 100f.; Detlef Pollack, *Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?*, in: *GG* 23, 1997, S. 126. Zum Nexus von Elitenwechsel und gesellschaftlicher Transformation in der SBZ schon instruktiv: Otto Stammer, *Der kleine Mann als Objekt der manipulierten Meinungsbildung in der Sowjetzone*. Vortrag, gehalten am 6. Mai 1952 im Ferienkurs der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin 1953, S. 6f., 10; ders., *Sozialstruktur und System der Werthaltungen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* 76, 1956, 1. Halbbd., S. 79, 103. SMAD-Befehl Nr. 35 abgedruckt in: Ruth-Kristin Rößler (Hg.), *Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945–1948. Dokumente und Materialien*, Goldbach 1994, S. 257f.

Die „Kaderpolitik“ als zentrales Herrschaftsinstrument des SED-Regimes wurde sowohl durch paternalistische Fürsorge und Privilegierung als auch durch Zwang und Unterdrückung durchgesetzt. Der Aufstieg in Führungspositionen eröffnete beträchtliche materielle Vorteile, da Staats- und Parteifunktionäre in Ostdeutschland bevorzugt mit Wohnungen und Sozialleistungen versorgt wurden. Außerdem erhielten Leitungskräfte wichtige Informationen und die Möglichkeit, an Entscheidungen mitzuwirken und so – zumindest aus der Sicht der jeweils beteiligten „Kader“ – die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR maßgeblich zu beeinflussen. In der Nachkriegszeit boten Sonderkurse, in denen besonders neue Lehrer, Richter, Polizisten und Gesellschaftswissenschaftler ausgebildet wurden, und Partei- und Staatsinstitutionen wie die 1946 gegründeten Vorstudienanstalten (aus denen 1949 die „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ hervorgingen) außerdem bislang sozial benachteiligten Gruppen eine berufliche Perspektive als gesellschaftliche Funktionseliten. Daneben fungierte die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der im September 1947 schon rund 487 000 Jugendliche angehörten, zwar nicht als „Elitenschmiede“, aber doch als Rekrutierungsreservoir für Führungspersonen in der SBZ und DDR. Die SED-Führung nutzte zudem die Zulassungskontrolle an den Hochschulen als Instrument ihrer „Kaderpolitik“, die auf der Kooptation – nicht Wahl, Markterfolg oder Vererbung – als Zugangsmechanismus basierte.⁴ Seit den fünfziger Jahren steuerte schließlich das System der „Nomenklatur“, das vom Ministerium des Innern für die staatlichen Institutionen und vom zentralen Parteiapparat der SED eingerichtet wurde, die Rekrutierung und Beförderung von Führungspersonen in der DDR. Auf getrennten Listen wurden Führungspositionen und Personen verzeichnet, die von den jeweils obersten SED-Organen für die angegebenen Leitungsstellen vorgesehen waren.⁵

Der Aufstieg neuer Führungsgruppen vollzog sich in der staatssozialistischen Gesellschaft Ostdeutschlands aber weder linear noch gleichförmig. Vielmehr bremsen in der SBZ/DDR widersprüchliche Anforderungen an die neuen Führungspersonen, nicht beizulegende Zielkonflikte und die Aporien der SED-Politik selber den Elitenwechsel. Besonders die Spannung zwischen politischer Loyalität und funktionalen Qualifikationserfordernissen sowie die Diskrepanz zwischen der egalitären Legitimationsideologie und der elitären Herr-

4 M. Rainer Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, S. 26f. Begriff „Elitenschmiede“ nach: Gert Noack, Das Führungspersonal der Freien Deutschen Jugend zwischen 1945 und 1955. Konzeptionelle Überlegungen zu einem Forschungsprojekt „Der Elitenwechsel in der SBZ/DDR. Das Beispiel Freie Deutsche Jugend“, in: Jahresbericht 1992. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, Berlin 1993, S. 92. Vgl. auch Dieter Voigt/Sabine Gries, Karriereangebote, Karrieremuster und Elitenrekrutierung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III/3, Baden-Baden 1995, S. 1924–1939; John Connelly, Stalinismus und Hochschulpolitik in Ostmitteleuropa nach 1945, in: GG 24, 1998, S. 22f. Zur „Kaderpolitik“ einführend: Dieter Voigt/Lothar Mertens, Kader und Kaderpolitik, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hg.), Lexikon des Staatssozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996, S. 323.

5 Zum Nomenklatursystem besonders: Matthias Wagner, Das Kadernomenklatursystem – Ausdruck der führenden Rolle der SED, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 148–157; Eberhard Schneider, Nomenklatur in: Eppelmann/Möller/Nooke/Wilms, S. 437f.; Hartmut Zimmermann, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, S. 327–330; Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1998, S. 106.

schaftspraxis erwiesen sich als anhaltende Belastungen, die Karriereverweigerung begünstigten und 1989 – mit „Wandlitz“ als Symbol der (Selbst-)Täuschung – maßgeblich zum Zerfall des staatssozialistischen Regimes beitrugen. Darüber hinaus begrenzten Kompetenzüberschneidungen bei personalpolitischen Entscheidungen, pragmatische Konzessionen, die der Wiederaufbau nach 1945 und die offenen Grenzen bis 1961 erzwangen, der Imperativ sozialer Integration, die Generationenfolge (besonders seit den sechziger Jahren) sowie die Beharrungskraft sozialer Milieus und die Bindungskraft traditionaler Werte den Einfluß der neuen „Kader“. Deshalb variierten das Ausmaß und die Stadien des Elitenwechsels in den einzelnen gesellschaftlichen Sektoren beträchtlich. Die SED oktroyierte allerdings ihre „Kaderpolitik“ und bildete den dafür erforderlichen institutionellen Rahmen heraus, denn die Parteileitungen bestimmten nicht nur die Rekrutierung der politischen Funktionäre, sondern entschieden als übergeordnete Kontrollinstanzen seit den späten vierziger Jahren zunehmend auch über die Integration und Absorption von Führungspersonen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionsbereichen.⁶

Dieser vielschichtige Prozeß ist in politik- und sozialgeschichtlichen Studien zur DDR – trotz der gelegentlich schon kritisierten Konzentration auf Detailuntersuchungen – bislang nicht überzeugend erklärt worden.⁷ Die soziologische Forschung zu den „Kadern“ in der DDR hat sich zudem bislang auf die Strukturentwicklung der Machtelite im Politbüro und Zentralkomitee der SED konzentriert. Besonders der biographische Hintergrund, die soziale Herkunft, Rekrutierung und Zusammensetzung der Machtelite sowie das System der „Nomenklatur“ sind – vor allem für die siebziger und achtziger Jahre – detailliert untersucht worden. Demgegenüber liegen zu den gesellschaftlichen Führungsgruppen bislang nur wenige Untersuchungen vor.⁸ Die Wertorientierungen und Mentalitäten der Macht- und Funktionseleiten in der DDR sind deshalb noch weitgehend unbekannt.⁹ Dieses Forschungsdesiderat kann auch mit diesem Beitrag nicht vollständig geschlossen werden, der außer den ländlichen und industriellen Führungsgruppen die Grundzüge der Transformation von Kerngruppen des traditionellen Bildungsbürgertums von 1945 bis zu den sechziger Jahren

-
- 6 Zimmermann, S. 323f., 349f.; Christoph Kleßmann, Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, S. 255f., 259; Ralph Jessen, Diktatorischer Elitenwechsel und universitäre Milieus. Hochschullehrer in der SBZ/DDR (1945–1967), in: GG 24, 1998, S. 42–44, 51f.; Arnd Bauerkämper/Jürgen Danyel/Peter Hübner, „Funktionäre des schaffenden Volkes“? Die Führungsgruppen der DDR als Forschungsproblem, in: Arnd Bauerkämper/Jürgen Danyel/Peter Hübner/Sabine Roß (Hg.), Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin 1997, S. 35f., 40f.; Voigt/Gries, S. 1974, 2024; Pollack, Widersprüchlichkeit, S. 116. „Kader“ trugen in der DDR „persönlich die Verantwortung für die Durchführung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse, der Gesetze und Verordnungen der staatlichen Organe“. Vgl. Waltraud Böhme u. a. (Hg.), Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) ¹1978, S. 420. Zum Begriff „Kader“ auch: Christoph Müller/George Hodnett, Art. „Kader“, „Kaderpolitik“, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 3, Freiburg 1969, Sp. 453–455.
- 7 Zur Forschung allgemein: Franz-Josef Hutter, Sozialer Wandel in der DDR im Lichte neuerer Publikationen. Ein Literaturbericht, in: Zeitgeschichte 24, 1997, S. 213–221.
- 8 Zum Forschungsstand: Eberhard Schneider, Karriereangebote, Karrieremuster und Elitenrekrutierungen, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. III/3, S. 1707–1711; Bauerkämper/Danyel/Hübner, S. 58–68. Unterscheidung von Macht- und Funktionseleiten nach: Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Opladen ²1996, S. 90f.
- 9 Dazu demn.: Arnd Bauerkämper/Jürgen Danyel, Leadership Styles and Self-Images of GDR-Elites, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), Dictatorship as Experience, New York 1999.

behandelt.¹⁰ Die Darstellung akzentuiert dabei die Vermittlungs- und Übersetzungsfunktion von Funktionseleiten im Spannungsverhältnis zwischen Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Die Studie beleuchtet besonders die Position und das Handeln der ausgewählten Funktionseleiten unter dem Druck der weitreichenden Herrschaftsansprüche der SED-Führung einerseits und unter dem Einfluß gesellschaftlicher „Traditionen“ andererseits – ein Begriff, der „die Interaktion und Kommunikation von Handlungsträgern im Zusammenhang der Übermittlung eines Gegenstandes oder einer Person“ bezeichnet.¹¹

Indem die gezielte Herausbildung und Implantation neuer Führungskräfte durch das staatssozialistische Regime skizziert und der Stellenwert traditionaler Werte, Selbstbilder und Milieubindungen konturiert werden, bezieht die Analyse den gesellschaftlichen Kontext und die politischen Rahmenbedingungen des Elitenwechsels ein. Dabei folgt die Studie methodologisch-theoretisch der kulturhistorischen Erweiterung der Sozialgeschichte. Die Analyse der Handlungsbedingungen muß demzufolge mit der Rekonstruktion von Aneignungsformen verbunden werden, die gesellschaftlichen Strukturen lebenspraktischen „Sinn“ verleihen und politischer Herrschaft – besonders durch komplexe Internalisierungsprozesse – alltägliche Geltungsmacht verleihen.¹² Der mentalitätenhistorische Ansatz erfaßt damit – soweit der Forschungsstand dies zuläßt – „die Geschichte der Zuordnungen, die eine Kollektivität durchschnittlich gegenüber Zuständen, Ereignissen und Situationen in unmittelbarer Sinngeißtheit vornimmt.“ Wie der Beitrag exemplarisch zeigt, enthalten kollektive Einstellungen, unausgesprochene und unbewußte Annahmen sowie die damit verbundenen Werte, Metaphern und Symbole Handlungspotentiale, die situativ durch externe Einflußfaktoren mobilisiert oder deaktiviert und stillgelegt werden können. Ein starker gemeinsamer Wertebezug band in der DDR zudem die Bevölkerung an die Eliten und erleichterte so erheblich die Durchsetzung der SED-Herrschaft in gesellschaftlichen Gemeinschaften und Milieus.¹³

-
- 10 Zur Genese und sozialhistorischen Einordnung sowie zu den Gruppen und Merkmalen des Bürgertums: Jürgen Kocka, Das europäische Muster und der deutsche Fall, in: ders. (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Einheit und Vielfalt Europas, Göttingen 1995, S. 9–22; Hannes Siegrist (Hg.), Bürgerliche Berufe. Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich, Göttingen 1988, S. 11–20, 27–38.
 - 11 Siegfried Wiedenhofer, Art. „Tradition, Traditionalismus“, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1990, S. 607.
 - 12 Der hier nur skizzierte Untersuchungsansatz wird ausführlich diskutiert in: Reinhard Sieder, Sozialgeschichte auf dem Weg zu einer historischen Kulturwissenschaft?, in: GG 20, 1994, S. 445–468; Thomas Welskopp, Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: GG 24, 1998, S. 173–198. Ergänzend: Otto Gerhard Oexle, Geschichte als Historische Kulturwissenschaft, in: Wolfgang Hartwig/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Kulturgeschichte Heute, Göttingen 1996, S. 21–30.
 - 13 Dazu allgemein: Alf Lütke, Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ (APZ), B 36/98, 28.8.1998, S. 15f. Zit. nach: Volker Sellin, Mentalität und Mentalitätsgeschichte, in: Historische Zeitschrift (HZ) 241, 1985, S. 587. Vgl. auch: Ingrid Gilcher-Holtey, Plädoyer für eine dynamische Mentalitätsgeschichte, in: GG 24, 1998, S. 476–497, bes. S. 477, 496f. Zur Kulturgeschichte der DDR allgemein: Dietrich Mühlberg, Die DDR als Gegenstand kulturhistorischer Forschung. Gedanken zum Mitwirken ostdeutscher KulturwissenschaftlerInnen an der Erforschung der Kulturentwicklung nach 1945, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 16, 1993, H. 33, S. 50–64; ders., Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, S. 76–82.

Nachdem in der Nachkriegszeit der „Antifaschismus“ die Durchsetzung der kommunistischen Herrschaft legitimiert hatte, stützte die Dynamik des Wiederaufbaus in den fünfziger Jahren die Kaderherrschaft ab. In den sechziger Jahren setzten sich schließlich die egalitären Konzepte des SED-Regimes und die damit verknüpften etatistischen Ordnungsvorstellungen durch, die auch in den überkommenen technisch-professionellen Leitbildern der Funktionseleiten angelegt waren und die Transformation zu einem politisierten „sozialistischen Professionalismus“ herbeiführten. Seit den siebziger Jahren nahm nicht nur die soziale Differenzierung, sondern auch das Distinktionsstreben der „Kader“ in der DDR zu, die sich damit gegen die Egalitätsdoktrin und das verordnete Uniformitäts- und Solidaritätsideal wandten.¹⁴ Bevor diese sozial- und mentalitätshistorischen Wandlungs- und Adaptionsprozesse bis zum Mauerbau exemplarisch analysiert werden, ist im folgenden der Verlauf des Elitenwechsels von 1945 bis zu den sechziger Jahren nachzuzeichnen.

2. Elitenwechsel in Transformationsschüben und im Generationswechsel: Stadien des gesellschaftlich-politischen Umbruchs

Der Elitenwechsel war in Ostdeutschland von 1945 bis zu den sechziger Jahren vor allem von politischen Eingriffen des SED-Regimes in die Gesellschaftsstruktur bestimmt. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs drängten die kommunistischen Spitzenfunktionäre, unter denen 1945/46 die Rückkehrer aus dem Moskauer Exil zumindest numerisch noch nicht eindeutig dominierten, auf eine Entnazifizierung, die in der SBZ besonders von den sowjetischen Besatzungsbehörden herbeigeführt wurde und in den vierziger Jahren zwei Schübe des Personalaustauschs auslöste. Die Entmachtung traditionaler Führungsgruppen und die Einsetzung neuer „Kader“ blieb aber widersprüchlich, willkürlich und zumindest individuell auch durchaus reversibel. Besonders die Erfordernisse der wirtschaftlichen Rekonstruktion, die mit dem Zweijahrplan (1949/50) einsetzte und im ersten Fünfjahrplan (1951–1955) beschleunigt wurde, legten eine großzügige Auslegung der Gesetze und Verordnungen nahe und führten vielfach sogar zu einer Reintegration früherer Nationalsozialisten. Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß sich NSDAP-Mitglieder schon in der Nachkriegszeit der KPD bzw. SED angeschlossen und so ihre beruflichen Aufstiegschancen erheblich verbessert hatten. Mit der Durchsetzung der Diktatur in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren wurden nicht nur weitere Unternehmen verstaatlicht, sondern es nahmen tendenziell auch die politischen Eingriffe in die Gesellschaft zu. Damit einhergehend, wurde auch die Ausbildung und Rekrutierung von neuen Führungspersonen verstärkt.

14 Allgemein dazu: Heike Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*, Berlin 1995. Kritisch zu dem in dieser Studie verwendeten marxistischen „Klassen“-Konzept: Ralph Jessen, *Klassengesellschaft DDR?*, in: *Deutschland Archiv (DA)* 29, 1996, S. 647–649. Zur zunehmenden Anerkennung von Interessendivergenzen, gesellschaftlicher Ungleichheit und sozialer Konflikte in der DDR: Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt/M. 1992, S. 224.

Diese *homines novi*, die Fachwissen mit politischer Loyalität gegenüber der SED kombinierten, errangen in den späten fünfziger Jahren zunehmend Führungspositionen, vertraten ein technokratisches Sozialismusideal und trugen deshalb das „Neue Ökonomische System“, das die SED-Führung 1963 proklamiert hatte. Der Elitenwechsel in der SBZ/DDR war damit insgesamt von der leninistischen „Avantgarde“-Doktrin und der „Kaderpolitik“ der Komintern bestimmt, folgte Stalins Konzept eines schubweisen Personalaustauschs und entsprach tendenziell der Entwicklung in der Sowjetunion, wo seit Ende der dreißiger Jahre die in den Betrieben zehn Jahre zuvor mit Leitungsaufgaben betrauten jungen Arbeiter durch qualifizierte neue „Kader“ ersetzt wurden.¹⁵

Landwirtschaft

Das Ausmaß und der Verlauf des Elitenwechsels in Ostdeutschland variierten zwischen den gesellschaftlichen Sektoren. Auf dem Lande griff die SED schon früh und einschneidend in die bestehende Elitenstruktur ein, indem die Gutsbesitzer mit jeweils über 100 Hektar (ha) Land durch die im September 1945 angeordnete Bodenreform vollständig, undifferenziert und entschädigungslos enteignet wurden. Besonders bürgerliche Großgrundbesitzer, deren Zahl und Anteil am Grundbesitz in Ostelbien im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert rapide gewachsen waren, hatten ihre landwirtschaftlichen Betriebe durch eine Rationalisierung der Arbeitsorganisation und eine Intensivierung der Produktion vielfach zu modernen agrarkapitalistischen Unternehmen entwickelt. Obwohl den adligen Großgrundbesitzern zudem schon 1848/49 die niedere Gerichtsbarkeit sowie das Jagdrecht auf bäuerlichem Land und 1872 die ortspolizeilichen Funktionen entzogen worden waren und die Aufhebung der Gesindeordnungen sowie das Reichssiedlungsgesetz 1918/19 auch ihre ökonomische Dominanz eingeschränkt hatte, übten die Gutsbesitzer in Ostelbien auch nach dem Ersten Weltkrieg in vielen dörflich-agrarischen Milieus die gesellschaftliche Vorherrschaft aus, die hier besonders auf patriarchalischen Beziehungen basierte.¹⁶

15 Klaus von Beyme, Die Funktion der Eliten im Sowjetsystem, in: Herder-Korrespondenz 23, 1969, S. 487–491; Müller/Hodnett, Sp. 456f. Zu Stalins Konzept des Elitenwechsels in der UdSSR: Josef Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B) am 10. März 1939, in: ders., Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1955, S. 798f. Zur ideologischen Grundlage: Alfred G. Meyer, Historical Development of the Communist Theory of Leadership, in: R. Barry Farrell (Hg.), Political Leadership in Eastern Europe and the Soviet Union, London 1970, S. 5–16; Klaus von Beyme, Art. „Elite“, in: Claus D. Kernig (Hg.), Marxismus im Systemvergleich. Soziologie, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, Sp. 157f. Zu den Stadien und Dimensionen des Elitenwechsels bis zu den fünfziger Jahren allgemein: Bauerkämper/Danyel/Hübner, S. 46–52. Aufschlußreiches Sozialprofil von 190 kommunistischen Spitzenfunktionären in: Günter Benser, Zur sozialen und politischen Struktur der KPD und ihres Kaderns (1945/46), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 39, 1997, S. 17–40. Zur Rolle der kommunistischen Spitzenfunktionäre, die aus Moskau in die SBZ zurückkehrten: Peter Erler, „Moskau-Kader“ in der SBZ, in: Manfred Wilke (Hg.), Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 229–291.

16 Francis L. Carsten, Geschichte der preußischen Junker, Frankfurt/M. 1988, bes. S. 114, 125, 158; Ilona Buchsteiner, Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in ostdeutschen Gutswirtschaften vor 1914, in: Archiv für Sozialgeschichte (Afs) 36, 1996, S. 85–109; Hans-Joachim Rook, Maschineneinsatz und Elektrifizierung in der Landwirtschaft Brandenburgs (1870–1930), in: Heinz Reif (Hg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien, Berlin 1994, S. 233–249.

Die Bodenreform, die in der SBZ 34 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche erfaßte, führte einen abrupten Umbruch der Sozialstruktur herbei, denn schon bis Ende 1945 war das Land von 6 330 Gutsbesitzern mit dem ihnen gehörenden Gebäuden, Maschinen, Geräten und Viehbeständen konfisziert worden. Auch „Antifaschisten“ unter den Eigentümern wurden nur vorübergehend von der Enteignung und rigorosen Ausweisung aus den Dörfern ausgenommen. Vier Jahre später hatten sogar 7 160 Gutsbesitzer ihren Boden verloren, der überwiegend an landlose Bauern, Flüchtlinge aus den verlorenen deutschen Ostgebieten und Landarbeiter verteilt wurde. Wegen ihrer ökonomischen Schwäche und ihrer gesellschaftlichen Randstellung in den dörflichen Milieus gelang aber nur wenigen dieser Neubauern der gesellschaftliche Aufstieg.¹⁷

Nachdem die Agrarpolitik sie in den ersten Nachkriegsjahren begünstigt hatte, wurden daneben die offiziell als „Großbauern“ bezeichneten Landwirte mit jeweils mehr als 20 ha seit 1948/49 ökonomisch benachteiligt und 1952/53 sogar vielfach enteignet. Die „Großbauern“ wurden auch aus den Führungsgremien der traditionellen bäuerlichen Genossenschaften und der 1946/47 gebildeten Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) verdrängt, stellten in der SBZ im April 1949 aber noch mehr als ein Zehntel der Vorsitzenden von VdgB-Ortsausschüssen. Die restriktiven Maßnahmen gegen die „Großbauern“ erinnerten an die brutale Verfolgung der „Kulaken“ in der UdSSR von 1929 bis 1933, ohne in der DDR allerdings die physische Vernichtung dieser Gruppe herbeizuführen. Diejenigen „Großbauern“, die sich in den frühen fünfziger Jahren nicht der breiten Fluchtbewegung nach Westdeutschland angeschlossen hatten, verfügten zudem in den dörflichen-agrarischen Milieus über einen beträchtlichen Resteinfluß. Ihr Besitz hatte ihnen ein erhebliches Sozialprestige verliehen, und auch die wirtschaftliche Dominanz, die sie in den Gemeinden nach der Enteignung der Gutsbesitzer errungen hatten, konnten Staats- und Parteifunktionäre nicht vollständig beseitigen.¹⁸

-
- 17 Arnd Bauerkämper, Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952. Bodenreform und politisch induzierter Wandel der ländlichen Gesellschaft, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 108–136; ders., Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: Kaelble/Kocka/ Zwahr, S. 121–125. Als instruktive Fallstudien: Boris Spix, Die Bodenreform in Brandenburg 1945–47. Konstruktion einer Gesellschaft am Beispiel der Kreise West- und Ostprignitz, Münster 1997, S. 37–50; Kurt Finker, Eine adlige Familie in Umbruchszeiten. Das Schicksal der Familie von Ribbeck im Havelland (1933–1947), in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hg.), Adel und Staatsverwaltung in Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert: Ein historischer Vergleich, Berlin 1996, S. 219–237.
- 18 Joachim Piskol, Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 39, 1991, S. 419–429; Wolfgang Bell, Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe. Analyse und Dokumentation, Münster-Hiltrup 1992; Arnd Bauerkämper, Neue und traditionale Führungsgruppen auf dem Lande. Politische Herrschaft und Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Berliner Debatte. Initial, H. 4/5, 1995, S. 85–88. Zur Integrations- und Exklusionswirkung dörflich-agrarischer Milieus in der SBZ/DDR allgemein: Christoph Kleßmann, Die Beharrungskraft traditioneller Milieus in der DDR, in: Manfred Hettling/Claudia Huerkamp/Paul Nolte/Hans-Walter Schmuhl (Hg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, München 1991, S. 152f. Zur VdgB: Bernhard Wernet-Tietz, Bauernverband und Bauernpartei. Die VdgB und die DBD 1945–1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR, Köln 1984, S. 45–98; Dietrich Staritz, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in

Mit dem Übergang zu einer systematischen „Kaderpolitik“, die in den späten vierziger Jahren durch die Einführung von „Entwicklungskarteien“, „Entwicklungs-“ sowie „Perspektivplänen“ und dem Aufbau „personalpolitischer Abteilungen“ (seit 1949 „Kaderabteilungen“) in den Betrieben und Verwaltungsbehörden forciert wurde, vollzog sich auf dem Lande aber schließlich ein tiefgreifender Elitenwechsel.¹⁹ In den neuen landwirtschaftlichen Betrieben – Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Volkseigenen Gütern (VEG) – wurden in den fünfziger Jahren Leitungspositionen gezielt mit jungen Führungskräften besetzt, die zunehmend schon in speziellen Instituten und Universitäten – wie der 1953 eröffneten LPG-Hochschule in Meißen –, Parteischulen oder Akademien ausgebildet und oft in Sonderlehrgängen weiterqualifiziert worden waren. Die installierten neuen „Kader“ waren vielfach aus der Arbeiterschaft rekrutiert worden und hatten in der hochmobilen Nachkriegsgesellschaft oft keine klar konturierten und konsequent verfolgten Berufslaufbahnen absolviert. So war der 1932 geborene und 1953 in seine Position eingesetzte Vorsitzende der LPG Waltersdorf im Kreis Jüterbog (Bezirk Potsdam) von 1945 bis 1947 als Landarbeiter und anschließend bis 1953 als Lehrling und Maurer in einem Baugeschäft beschäftigt gewesen. Während einige LPG-Vorsitzende und Direktoren von MTS und VEG anschließend sogar Führungspositionen in der Landwirtschaftsverwaltung erreichten, wurden andere Leitungskräfte abgelöst und durch neue – überwiegend junge „Kader“ ersetzt, die in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren zunehmend eine hohe fachliche Qualifikation aufwiesen, aber auch schon politisch geschult waren. Im Juni 1955 hatten im Bezirk Cottbus z. B. 48 Prozent der VEG-Direktoren kurze Fachlehrgänge absolviert, und 29 Prozent von ihnen waren staatlich geprüfte Landwirte. Im Bezirk Frankfurt (Oder) hatten im Februar 1957 von insgesamt 38 MTS-Direktoren 11 bereits Kreisparteisulen der SED oder Lehrgänge der FDJ bzw. des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes besucht. Ebenfalls 11 Direktoren waren Diplom-Agrarökonomen.²⁰

der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 760–766. Zur Kulakenverfolgung in der UdSSR: Stephan Merl, Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 1930–1941, Berlin 1990, S. 61–103.

- 19 Zur Einrichtung des kaderpolitischen Apparats als frühe Studien: Joachim Schultz, Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED, Stuttgart 1956, S. 211–234; 234–240; Carola Stern, Kaderpolitik in der „DDR“, in: SBZ-Archiv 5, 1954, S. 228–231; Hermann Martin, Die Kaderpolitik im Staatsapparat, in: SBZ-Archiv 6, 1955, S. 193–195.
- 20 Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (BLHA), Bez. FfO. Rep. 601, Nr. 3741 (Schreiben v. 27.2.1957); Bez. Ctb. Rep. 930, Nr. 872 (Bürovorlage v. 7.6.1955). Zum LPG-Vorsitzenden in Waltersdorf: BLHA, Bez. Pdm. Rep. 530, Nr. 1331 (Kurzbiographie v. 17.3.1961). Zur LPG-Hochschule in Meißen: Volker Klemm u. a., Agrargeschichte. Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin (Ost) ²1985, S. 211, 216. Zur Sozialstruktur und Qualifizierung von Direktoren der VEG die umfassende Darstellung in Christel Nehrings Beitrag in diesem Band. Hinweise zu dem Eliten- und Generationswechsel in den landwirtschaftlichen Betrieben in den fünfziger Jahren außerdem in: Bauerkämpfer/Danyel/Hübner, S. 80f. Instruktives Beispiel für die Einsetzung eines neuen, qualifizierten Vorsitzenden in einer LPG 1965 in: Barbara Schier, Alltagsleben und Agrarpolitik im „sozialistischen Dorf“. Eine Regionalstudie zum Wandel eines thüringischen Dorfes während der Jahre 1945–1990, in: APZ, B 38/97, 12.9.1997, S. 42; dies., Die Rolle von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für Strukturwandel und Alltag in einem thüringischen Dorf vor und nach der „Wende“, in: Sowi 27, 1998, S. 192.

Industrie

Auch in den Industriebetrieben führten die Entnazifizierung, die sich von 1945 bis 1947 in zwei Schüben vollzog, und die Enteignungswellen einen Personalaustausch im Führungspersonal herbei. Die lokalen Kommissionen, in denen SED-Funktionäre Schlüsselpositionen einnahmen, legten die Bestimmungen aber oft großzügig aus, so daß die Auswirkungen der Entnazifizierung begrenzt blieben. Die Ziele, einerseits politisch belastetes oder nonkonformes Führungspersonal in den Betrieben zu entlassen und andererseits sowohl die Reparationsleistungen an die Sowjetunion zu gewährleisten als auch die ökonomische Rekonstruktion in der SBZ voranzutreiben, erwiesen sich letztlich als unvereinbar. Nachdem schon der SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 trotz der vereinzelt nachhaltigen Verweigerung von Belegschaften Unternehmern die Kontrolle über ihre Betriebe entzogen hatte, dynamisierte der Volksentscheid in Sachsen vom 30. Juni 1946 die Enteignungspolitik gegenüber dem Besitzbürgertum. Vielfach wurden in den späten vierziger Jahren offenbar leitende Angestellte oder Manager als neue Betriebsleiter eingesetzt; daneben stiegen sukzessive Arbeiter in mittlere Leitungspositionen auf. Erst in den frühen fünfziger Jahren vollzog sich in den überwiegend schon verstaatlichten Betrieben ein umfassender Elitenwechsel, der auch ehemalige NSDAP-Mitglieder begünstigte, die z. T. der SED beigetreten waren und zumindest vorübergehend wieder als mittleres Leitungspersonal zugelassen wurden. Zudem übernahmen überwiegend junge Funktionäre aus Arbeiterfamilien die von dem SED-Regime eingerichteten politischen Führungspositionen, während das kaufmännische Personal (z. B. Buchhalter) und besonders die technischen Fachkräfte (z. B. Produktionsdirektoren und Abteilungsleiter) durchschnittlich älter und überwiegend gut ausgebildet waren und auch einen höheren Anteil von Angehörigen der Ober- und Mittelschichten aufwiesen als die politischen „Kader“. In den späten fünfziger Jahren drang die an Universitäten, Partei- und Sonderhochschulen sowie Akademien ausgebildete „neue Intelligenz“ schließlich bis zu den Betriebsleitungen durch. Junge Hochschul- und Fachschulabsolventen erreichten zunehmend Führungsfunktionen, so daß die Autodidakten, denen in der Nachkriegszeit Leitungspositionen übertragen worden waren, bis zu den siebziger Jahren sukzessive zurückgedrängt wurden und zunehmend die fachlichen Fähigkeiten des industriellen Führungspersonals die „Kaderarbeit“ bestimmten.²¹

Insgesamt vollzog sich der Elitenwechsel in der ostdeutschen Industrie wegen der Inkompatibilität der besatzungspolitischen Ziele, des Imperativs einer schnellen wirtschaftlichen Rekonstruktion und der traditionellen Loyalitäten in den Betrieben nur stufenweise. So verhafteten amerikanische Besatzungsoffiziere zwar bereits Ende Mai 1945 den Betriebsführer und persönlich haftenden Gesellschafter der Leipziger Landmaschinenfabrik Rudolf Sack KG, Otto Sack, der dem NS-Regime als „Wehrwirtschaftsführer“ gedient hatte; außerdem wurden zwei Direktoren, der Syndicus, ein Obermeister und der Betriebsobmann entlassen. Die sowjetische Militärverwaltung setzte als Treuhänder aber einen ehemaligen

21 Peter Hübner, Industrielle Manager in der SBZ/DDR. Sozial- und mentalitätengeschichtliche Aspekte, in: GG 24, 1998, S. 69–73; Karl Valentin Müller, Die Manager der Sowjetzone. Eine empirische Untersuchung zur Soziologie der wirtschaftlichen und militärischen Führungsschicht in Mitteldeutschland, Köln 1962. „Kaderarbeit“ umfaßte nach der marxistisch-leninistischen Staatsdoktrin der DDR „die verantwortungsbewußte Auswahl und den Einsatz der Kader unter Berücksichtigung ihrer politischen und fachlichen Fähigkeiten, ihrer charakterlichen Eigenschaften sowie ihrer praktischen Erfahrungen ...“. Vgl. Heinrich Bader u. a. (Hg.), Ökonomisches Lexikon H-P, Berlin (Ost) ³1979, S. 166.

Direktor ein, der nicht der NSDAP angehört hatte und das Unternehmen bis zur Überführung in den VEB Bodenbearbeitungsgeräte 1948 leitete. Der erste VEB-Direktor war zwar der SED beigetreten, aber nicht aus der Arbeiterschaft aufgestiegen. Vielmehr hatte er seit den zwanziger Jahren in der Firma Rudolf Sack als Ingenieur und im Auslandsdienst gearbeitet, bevor er nach dem Zweiten Weltkrieg zum technischen Direktor aufgerückt war. Erst in den fünfziger Jahren setzten sich in der Betriebsführung junge „Kader“ durch, die oft schon ein Studium abgeschlossen hatten.²²

In den Betrieben, die in der „extensive[n] Arbeitsgesellschaft“²³ der DDR wegen ihrer Multifunktionalität als „Sozialfestigungen des Systems“²⁴ einzustufen sind, waren die neuen „Kader“ jedoch in die Befehlshierarchie und Allokationsstruktur der Zentralplanwirtschaft eingebunden und dem überkommenen Industrialisierungsmodell der SED-Machthaber verpflichtet. Wegen der Funktionsmängel des Systems der staatlichen Planung mußte das betriebliche Leitungspersonal nicht nur die Fähigkeit aufweisen, die Produktion zu organisieren und ihren Ablauf zu koordinieren, sondern auch über Improvisationsvermögen verfügen. Damit einhergehend, nutzten industrielle Führungspersonen neben den Regulierungen und Anordnungen informelle Beziehungen, um so die Diskrepanz zwischen Planvorgaben und den jeweils bestehenden Produktionsbedingungen zu überwinden und die Defizite der Zentralverwaltungswirtschaft zumindest partiell zu kompensieren.²⁵

Professoren, Ärzte, Pfarrer und Lehrer

Während die SED-Führung nach dem Zweiten Weltkrieg eine schnelle Enteignung der Unternehmer als Kerngruppe des Besitzbürgertums erzwang, um so die bestehende Eigentumsordnung zu beseitigen, vollzog sich der Elitenwechsel in den bildungsbürgerlichen Gruppen der Professoren, Ärzte und Pfarrer, die in der DDR zur „neuen Intelligenz“ umgeformt werden sollten, langsamer und widersprüchlicher. Der lange Ausbildungsweg und die professionellen Anforderungen, die Verwurzelung in festgefühten gesellschaftlichen Milieus und das traditionelle Berufsethos schirmten diese Berufsgruppen gegenüber den Zugriffen der Machthaber ab, und auch ihr zentraler Stellenwert für die sozialpolitische Legitimation der sozialistischen Diktatur und für sein Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus schützten Professoren, Ärzte und Pfarrer noch in den fünfziger Jahren vor einer rigiden politischen Funktionalisierung als Exekutoren der SED-Politik. Als Multiplikatoren von Wissen, Einstellungen und Normen waren die Lehrer dagegen schon früh vergleichsweise rigorosen Eingriffen ausgesetzt, die mit der Entnazifizierung einsetzten und bis zu den fünfziger Jahren eine weitreichende sozialstrukturelle Umschichtung herbeiführten.

22 Frank Schulz, Elitenwechsel in Betriebsleitungen der Leipziger Industrieregion 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre, in: Werner Bramke/Ulrich Heß (Hg.), *Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert*, Leipzig 1998, S. 191, 199f., 221f.; ders., Elitenwandel in der Leipziger Wirtschaftsregion 1945–1948. Von den Leipziger „sächsischen Industriefamilien“ zu Kadern aus dem Leipziger Arbeitsmilieu, in: *Comparativ* 5, 1995, S. 117, 119, 121f.

23 Frank Adler, Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus, in: *Berliner Journal für Soziologie* 1, 1991, S. 168.

24 Stammer, Mann, S. 20.

25 Hübner, S. 60–67, 79f. Zu den Merkmalen und Funktionsmängeln der Zentralplanwirtschaft: Christoph Buchheim, Die Wirtschaftsordnung als Barriere des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der DDR, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 82, 1995, S. 201–210.

Der sozialstrukturelle Wandel ging aber nicht mit einer einfachen Adaption der vom staatssozialistischen Regime dekretierten Leitbilder einher; tradierte Normen und Werte erwiesen sich vielmehr als zählebig, so daß auch die Lehrer nicht durchweg und ausschließlich als „Funktionäre des schaffenden Volkes“ agierten.²⁶

Die Hochschulen mußten in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen beträchtlichen Personalverlust bewältigen, da Professoren – besonders in den gesellschaftswissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und pädagogischen Fakultäten – in die westlichen Besatzungszonen flohen, nach den Entnazifizierungsverfahren entlassen oder als Spezialisten von den sowjetischen Besatzungsbehörden erfaßt und in die UdSSR deportiert wurden. Erst in den späten vierziger Jahren setzte ein gezielter Elitenwechsel ein, der sich in den Naturwissenschaften allerdings bis zu den sechziger Jahren erstreckte. Da die Fachkenntnis der Professoren in den medizinisch-technischen Disziplinen unentbehrlich war und ihre Abwanderung nach Westdeutschland verhindert werden sollte, tastete das SED-Regime das Milieu der Ordinarienuniversität nur zögernd an, so daß die Hochschullehrer bis zu den fünfziger Jahren die Berufsbedingungen kontrollierten, die traditionell ausgeprägte Selbstrekrutierung erhalten sowie die Zulassung ihrer Kinder zu den Universitäten sichern konnten und darüber hinaus – ebenso wie die „technische Intelligenz“ in den Betrieben – privilegierte „Einzelverträge“ durchsetzten, die ihnen u. a. ein hohes Einkommen sicherten. Dagegen wurde in den Gesellschaftswissenschaften seit den späten vierziger Jahren eine neue Elite konstituiert, die einen relativ hohen Anteil von SED-Mitgliedern aus der Arbeiter- und Bauernschaft aufwies, in Dozentenkursen in Partei- und Staatsinstitutionen ausgebildet worden war und ihre Positionen ohne geregelte akademische Laufbahn und überwiegend auch ohne Habilitation erreicht hatte.²⁷

Die Ärzteschaft wurde bis zur Mitte der fünfziger Jahre nur begrenzt von einem Elitenwechsel erfaßt. Noch 1959 waren mehr als ein Viertel der Medizinstudierenden an der Berliner Universität in Akademikerfamilien aufgewachsen, und Arbeiter- oder Bauernkinder stellten 1958 an dieser Hochschule in der medizinischen Fakultät weniger als die Hälfte der Studierenden. Da die Kooptation noch in den fünfziger Jahren weitgehend wirksam war, blieb auch unter den Medizinprofessoren der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder gering, auf die bildungsbürgerliche Vorstellungen im Studium ohnehin einen beträchtlichen Kon-

-
- 26 Kleßmann, Relikte, S. 254f., 258. Zit. nach: Walter Ulbricht, Die neue Funktion des Staatsangestellten. Rede anlässlich der Eröffnung der Deutschen Verwaltungsakademie in Forst Zinna. 12. Oktober 1948, in: ders., Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958, Berlin (Ost) 1961, S. 143. Für das „Intelligenz“-Konzept war in der DDR außer dem Kriterium der sozialen Herkunft ein der marxistisch-leninistischen Staatsideologie und den Moralvorstellungen der Machthaber konformer Lebensstil sowie eine spezifische Qualifikation und Qualität der Arbeit konstitutiv. Vgl. Irmhild Rudolph, Kader – Intelligenz – Elite. Zu einigen herrschaftssoziologischen Aspekten der Sozialstruktur in der DDR, in: 30 Jahre DDR. Zwölfte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, 5. bis 8. Juni 1979. Referate (Deutschland Archiv 12 [1979], Sonderheft), Köln 1979, S. 123, 126–129; Zimmermann, S. 346f.
- 27 Ralph Jessen, Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Sozialer Umbruch – Profession – Beruf, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, S. 221–232, 241–243; ders., Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstruktion des Hochschul-lehrerberufs in der SBZ/DDR, 1945–1969, in: ders./Bessel, S. 81–89, 92–98; ders., Elitenwechsel, S. 27–50. Undifferenzierte Darstellung der Rolle und Arbeit von Hochschullehrern in der DDR dagegen in: Voigt/Gries, S. 1965–1973. Zur Privilegierung der in Betrieben beschäftigten Ingenieure und Techniker durch „Einzelverträge“, Titel, Pensionen und berufliche Förderung: Alfred Leutwein, Die „Technische Intelligenz“ in der sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1953, S. 10–23.

formitätsdruck ausübten. Allerdings wurden die Ordinarien in den fünfziger Jahren zunehmend aus der Angestelltenschicht und dem früheren gewerblichen Mittelstand rekrutiert, während der Anteil der Angehörigen des traditionellen Bildungsbürgertums abnahm. Obwohl die Entnazifizierung die Sozialstruktur der Ärzteschaft nur geringfügig veränderte und das SED-Regime einige standespolitische Forderungen dieser Gruppe erfüllte – so wurde 1960/61 die Vererbung von Arztpraxen zugelassen und der Titel „Medizinalrat“ wieder eingeführt –, verließen bis 1961 etwa 7 500 Ärzte die DDR. Die Zahl der Ärzte stagnierte deshalb in den frühen sechziger Jahren, und die Gruppe der Zahnärzte schrumpfte sogar. Außer dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt und dem zunehmenden Mangel an Ärzten in der DDR bewirkten die allgemeine Medikalisation und die naturwissenschaftlich geprägten Leitvorstellungen der SED-Funktionäre, daß die Tradition staatlicher Regulation, das ärztliche Behandlungsmonopol (gegenüber den Heilpraktikern) und die Geschlossenheit der Berufsgruppe bis zu den frühen sechziger Jahren weitgehend ungebrochen fortbestand. Auch nachdem die SED-Führung 1952 einen Ausbildungsgang für „Arzthelfer“ eingerichtet hatte, konnten die Ärzte ihren Kompetenzbereich schützen, damit das traditionelle Berufsbild bewahren und die überlieferten Formen exklusiv-elitärer Kommunikation und Geselligkeit ebenso konservieren wie die ausgeprägte Idealisierung humanistischer Bildung und die damit verbundene Geringschätzung von Macht und Herrschaftswissen. Der Elitenwechsel, der sich in jenem Jahrzehnt schließlich in der Ärzteschaft und unter den Ordinarien in der Generationenfolge vollzog, veränderte dieses Selbstverständnis und Ethos – ebenso wie bei den Ingenieuren als „neuer technischer Intelligenz“ – nicht grundlegend.²⁸

Auch die sozialstrukturelle Entwicklung der Pfarrer war bis zu den sechziger Jahren durch eine hohe personelle Kontinuität gekennzeichnet. Die Entnazifizierung führte in dieser traditionellen Funktionselite nur zu einer geringen Umschichtung, so daß 1950 nahezu vierzig Prozent von ihnen das Alter von 54 Jahren überschritten hatte. Außerdem waren ein Viertel der Pfarrer und ein Fünftel der Pfarrfrauen in Familien kirchlicher Amtsträger aufgewachsen. Ebenso blieb das Ausmaß des Personalaustauschs unter den Theologieprofessoren in den fünfziger Jahren begrenzt. Bis 1955 hatte der Anteil der Arbeiter- und Bauern-

28 Anna-Sabine Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster 1997, S. 99–111, 199–206, 253–264, 333–343; dies., Von der bürgerlichen zur sozialistischen Profession? Ärzte in der DDR, 1945–1961, in: Bessel/Jessen, S. 26–29, 36–40, 42f.; Detlef Nakath, Zu einigen Aspekten der quantitativen Entwicklung der Intelligenz in der DDR in den Jahren 1955 bis 1961, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Reihe Gesellschaftswissenschaften 39, 1990, S. 555, 558f.; Kleßmann, Relikte, S. 257–262. Zum Berufsethos der Ingenieure als unpolitische, technische Elite: Dolores L. Augustine, Frustrierte Technokraten. Zur Sozialgeschichte des Ingenieurberufs in der Ulbricht-Ära, in: Bessel/Jessen, S. 66, 69. Zur Tradition des staatszentrierten unpolitischen „Expertenprofessionalismus“, die im deutschen Bildungsbürgertum auch die neuhumanistische Konzeption autonomer, individueller Bildung einschloß und mit der Forderung nach berufsständischer Autonomie und sozialstrukturell mit einer hohen Selbstrekrutierung verbunden war: Konrad H. Jarausch, Die unfreien Professionen. Überlegungen zu den Wandlungsprozessen im deutschen Bildungsbürgertum 1900–1955, in: Jürgen Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Wirtschaftsbürger und Bildungsbürger, Göttingen 1995, S. 200–222; Hans-Ulrich Wehler, Deutsches Bildungsbürgertum in vergleichender Perspektive – Elemente eines „Sonderwegs“?, in: Jürgen Kocka (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil IV: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, Stuttgart 1989, S. 215–237; M. Rainer Lepsius, Das Bildungsbürgertum als ständische Vergesellschaftung, in: Jürgen Kocka (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil III: Lebensführung und ständische Vergesellschaftung, Stuttgart 1992, S. 13, 15f.

kinder auch unter den Theologiestudierenden nur 16,8 Prozent erreicht. Die hohe Selbstrekrutierungsquote, die in den sechziger Jahren noch wuchs, war vor allem auf die Erziehung in protestantischen Oberschulen und die separate Ausbildung von Pfarrern in kirchlichen Institutionen zurückzuführen, aus denen das Evangelische Sprachkonvikt in Berlin, das Proseminar Naumburg und das Theologische Seminar in Leipzig herausragten. Daneben blockierten das Sozialprestige der Pfarrer als auf dem Lande weithin respektierte Repräsentanten der Amtskirche und traditionelle soziale Beziehungen in dörflichen Milieus bis zu den sechziger Jahren einen tiefgreifenden Elitenwechsel. Das Berufsbild und die Kirchenleitungen verhinderten zudem die Flucht nonkonformer oder oppositioneller Pfarrer, so daß sich in Kirchen und Pfarrhäusern Dissidentenmilieus herausbildeten, die 1989/90 maßgeblich zum Sturz des SED-Regimes beitrugen.²⁹

Anders als in den naturwissenschaftlichen, medizinischen und theologischen Fakultäten der Hochschulen, in den Kirchen und in der Ärzteschaft setzte das SED-Regime im Schulwesen schon in den ersten Nachkriegsjahren einen umfassenden Personalaustausch durch. Die SMAD ordnete in ihren Befehlen Nr. 40 vom 25. August 1945 und Nr. 162 vom 6. Dezember 1945 eine rigorose „Säuberung der Lehrerschaft“ an, so daß bis zu den späten vierziger Jahren NSDAP-Mitglieder überwiegend aus dem Schuldienst entlassen wurden. Zugleich richtete die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung Kurse ein, in denen „Neulehrer“ in wenigen Monaten oder sogar nur Wochen ausgebildet wurden, um den Mangel an Lehrpersonal an den Schulen zu beseitigen und damit die Folgelasten der Entnazifizierung zu kompensieren. Bis 1951 durchliefen in der SBZ rund 50 000 Neulehrer die Sonderkurse, so daß schon im April 1949 von den insgesamt an Grund- und Oberschulen beschäftigten Lehrern 69,3 Prozent nach dem Zweiten Weltkrieg lediglich eine Schnellausbildung absolviert hatten. Durch den Zustrom der Neulehrer, von denen bereits 1946 etwa die Hälfte der SED angehörte, stieg der Anteil der Parteimitglieder bis zum Schuljahr 1946/47 sogar in der Gruppe der Oberschullehrer auf ein Viertel. Ein im Februar 1950 erlassenes Gesetz legalisierte auch die Einsetzung von Neulehrern als Schulräte, und 1954 waren nahezu 52 Prozent der Direktoren Ost-Berliner Schulen SED-Mitglieder. Der umfassende Personalaustausch führte zu einem abrupten sozialstrukturellen Wandel der Lehrerschaft, der sich in dem schnell zunehmenden Anteil von Frauen und junger Lehrkräfte ebenso widerspiegelte wie im Rückgang der beruflichen Qualifikation. Auch die Vorstudienanstalten bzw. die „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ sollten den von der SED-Führung gewünschten „Volkslehrer“ hervorbringen, der seinen Bildungsauftrag mit gesellschaftlich-politischem Engagement zu verbinden hatte. Die Einrichtung von „Sonder- und Förderklassen“ seit Herbst 1946 und die Einführung von Zehnklassenschulen nach einem Beschluß des III. Parteitages der SED (Juli 1950) sicherten die Rekrutierung von Arbeiter- und Bauernkindern. Ebenso wie im Justizsystem, in dem die ebenfalls in Sonderlehrgängen ausgebildeten „Volksrichter“ Ende 1950 58,1 Prozent der Richter und 73,9 Prozent der Staatsanwälte und auch in der Justizverwaltung einen Anteil von 17,5 Prozent der leitenden Angestellten erreicht hatten, führte die Transformation des Bildungswesens jedoch nicht zu

29 Christoph Kleßmann, Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR, in: GG 19, 1993, S. 31–41, 47–53; ders., Relikte, S. 262–266. Daneben: Christoph Kleßmann, Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: APZ, B 5/91, 25.1.1991, S. 55f.; ders., Opposition und Resistenz in zwei Diktaturen in Deutschland, in: HZ 262, 1996, S. 469–476; ders., Beharrungskraft, S. 151f.

einem bruchlosen Mentalitätenwandel, denn auch viele Neulehrer waren von traditionellen bildungsbürgerlichen Aspirationen geprägt.³⁰

3. Gesellschaftliche Milieus als Barrieren des Elitenwechsels

„Milieus“ werden konstituiert durch die „partielle Gemeinsamkeit von Existenzformen und erhöhte Binnenkommunikation“.³¹ Der Begriff bezeichnet damit sowohl strukturelle Rahmenbedingungen als auch Werte und Einstellungen. Milieus wirken auf die einbezogenen Personen integrativ, gegenüber Fremden dagegen exklusiv. Obwohl bereits die Mobilisierung im Zweiten Weltkrieg und der Flüchtlingszustrom die Gesellschaft tiefgreifend durchwirbelt und die Erosion von Sozialmilieus beschleunigt hatten, lösten die Eingriffe, die sich aus der Entnazifizierung und dem herrschaftspolitischen Konzept der SMAD und deutschen Spitzenfunktionäre ergaben, in der SBZ vor allem in noch weitgehend intakten, von dem gesamtgesellschaftlichen Umbruch- und Umschichtungsprozessen zuvor nicht erfaßten Milieus Abwehrreflexe und Abstoßungsreaktionen aus. Da die SED einen tiefgreifenden Elitenwechsel anstrebte, um die gesellschaftliche Transformation voranzutreiben, wurden traditionale Führungsgruppen und von den nationalsozialistischen Machthabern eingesetztes Leitungspersonal rigoros entmachtet oder schrittweise zurückgedrängt – ein politisch erzwungener Prozeß, der in festgefügtten Gemeinschaften auf Vorbehalte oder Widerstand traf. Andererseits wurden vielfach in den Milieus nicht verwurzelte Führungskräfte durch externe Partei- oder Staatsinstitutionen vielfach rücksichtslos implantiert, so daß diese Außenseiter in Dörfern, Betrieben, Kollegien, Gremien und anderen gesellschaftlichen Ver-

30 Statistische Angaben zu den Neulehrern nach: Sonja Häder, Schülerkindheit in Ost-Berlin. Sozialisation unter den Bedingungen der Diktatur (1945–1958), Köln 1998, S. 49 (Anm. 24), 51f., 118. Vgl. auch dies., Folgen und Wirkungen sozialer Umschichtungen der Lehrerschaft am Beispiel Ost-Berlins (1945–1955). Zum Ertrag einer Kombination von Sozialstatistik und qualitativen Methoden, in: dies./Elmar Tenorth, S. 233–244; Brigitte Hohlfeld, Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945–1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992, bes. S. 320–348, 416–427; dies., „Kommunisten-Lümmel“ oder „Propagandisten des gesellschaftlichen Fortschritts“? Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Häder/Tenorth, S. 259–274. Anteile der Volksrichter nach: Andrea Feth, Die Volksrichter, in: Hubert Rottleuthner (Hg.), Steuerung der Justiz in der DDR. Einflußnahme der Politik auf Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte, hg. vom Bundesministerium der Justiz, Köln 1994, S. 368. Zum Personalwechsel in der Justiz außer dem Beitrag von Ruth-Kristin Rößler in diesem Band: Hermann Wentker, Volksrichter in der SBZ/DDR (1945–1952). Ausbildung, Weiterbildung und Einsatz einer neuen Juristenelite, in: Heiner Timmermann (Hg.), Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR, Berlin 1996, S. 95–112; Heike Amos, Justizverwaltung in der SBZ/DDR. Personalpolitik 1945 bis Anfang der 50er Jahre, Köln 1996, S. 174.

31 Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/M. ²1992, S. 174. Ähnliche Definitionen in: M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 68; Stefan Hradil, Von der „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ zur „Pluraldifferenzierten Wohlstandsgesellschaft“. Strukturtypisierungen der Sozialstruktur der Bundesrepublik und ihr Realitätsgehalt, in: Politische Bildung 23, 1990, S. 29, 31; Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992, S. 19.

bänden oft auf Mißtrauen, gelegentlich sogar auf offene Ablehnung trafen. Auch deshalb war die Fluktuation unter den neuen „Kadern“ insgesamt beträchtlich.³²

Sogar nach ihrer Entmachtung verfügten Führungspersonen, die als Honoratioren in lokalen Gemeinschaften ein beträchtliches Sozialprestige gewonnen und die gesellschaftlichen Beziehungen geprägt hatten, über einen beträchtlichen Resteinfluß. So wurden die konfiszierten Gutsbetriebe in der unmittelbaren Nachkriegszeit – entgegen den Bestimmungen der Bodenreformverordnungen – in vielen Gemeinden zunächst nicht aufgeteilt, sondern als landwirtschaftliche Großbetriebe gemeinsam von ortsansässigen Bauern und Landarbeitern bewirtschaftet. Die Gemeindebodenkommissionen, denen die Erfassung des beschlagnahmten Landes ebenso oblag wie die Verteilung an Siedlungsbewerber, setzten vereinzelt sogar enteignete Gutsbesitzer, die von Parteifunktionären überwiegend pauschal als „Junker“ diffamiert wurden, als Verwalter ihrer konfiszierten Betriebe ein. Auch nachdem viele Gutsbesitzer im Herbst 1945 aus ihren Dörfern ausgewiesen worden waren, die SMAD sie nach dem Befehl Nr. 201 vom 16. August 1947 endgültig zum Wohnortwechsel gezwungen und damit sogar einzelne Bürgermeister und lokale SED-Funktionäre zu Anträgen auf Ausnahmeregelungen veranlaßt hatte, wirkten traditionale Milieubindungen in den Gemeinden weiter. Die Großgrundbesitzer blieben so nachhaltig im kollektiven Gedächtnis der Dorfbevölkerung verwurzelt, daß die Anordnung der SMAD, Gutsgebäude abzureißen und die so gewonnenen Baustoffe für das Neubauernbauprogramm zu verwenden, 1947/48 unter der ortsansässigen Bevölkerung häufig auf Unwillen traf. Die Verweigerung wurde dabei zwar überwiegend pragmatisch begründet, ist aber auch auf die traditionelle Fixierung auf die „Schlösser“ in den Dörfern zurückzuführen.³³ Die 1952 begonnene Kollektivierung der Landwirtschaft verlieh den schon zuvor weitverbreiteten Spekulationen über die Rückkehr von Gutsbesitzern noch in den fünfziger Jahren Auftrieb, die vereinzelt weiterhin mit Dorfbewohnern einen gelegentlich regen Briefwechsel führten. Gegenüber den wirtschaftlich noch schwachen LPG wurden die Gutshöfe oft als Musterbetriebe idealisiert, und ihre früheren Besitzer blieben in bis 1945 gutsherrschaftlich geprägten Milieus vielfach gleichsam virtuelle Bezugspersonen. Besonders die traditionellen ländlichen Unterschichten, die in die dörflichen Milieus integriert waren, stützten vielerorts die überlieferte Gesellschaftsstruktur und erwiesen sich insgesamt – entgegen der SED-Programmatik – als sozialkonservierendes Potential. So stellte eine im Kreis Seelow eingesetzte Brigade 1958 in der Ge-

-
- 32 Zu den Dimensionen und Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels in den vierziger Jahren: Wolfram Wette, Eine Gesellschaft im Umbruch. „Entwurzelungserfahrungen“ in Deutschland 1943–1948 und sozialer Wandel, in: Robert Streibel (Hg.), Flucht und Vertreibung. Zwischen Abrechnung und Verdrängung, Wien 1994, S. 257–284. Zur Bildung und Erosion von Milieus in Deutschland unterschiedliche Positionen in: Klaus Tenfelde, Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hg.), Nation und Gesellschaft. Historische Essays, München 1996, S. 254–264; Franz Walter, Milieus und Parteien in der deutschen Gesellschaft. Zwischen Persistenz und Erosion, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 46, 1995, S. 479–493.
- 33 Zur Verweigerung bei der Durchführung des SMAD-Befehls Nr. 201 aus der Sicht der Sicherheitsorgane die Klage des Vizepräsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Inneres, Erich Mielke, vom 30. Oktober 1947, in: Rößler, S. 199. Zur Beharrungskraft patriarchalischer Beziehungen in dörflich-agrarischen Milieus: Norman Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997, S. 195f.; Arnd Bauerkämper, Strukturbruch ohne Mentalitätenwandel. Auswirkungen der Bodenreform auf die ländliche Gesellschaft in der Provinz Mark Brandenburg 1945–1949, in: ders. (Hg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 78–80.

meinde Neuhardenberg (1949–1990: Marxwalde) fest, daß „immer noch die ‚Grafenvergötterung‘ des von Hardenberg in der Bevölkerung verbreitet“ war. Besonders aber begrenzten Lehrer, Pfarrer, Gastwirte und z. T. auch Bürgermeister in den Gemeinden die Auswirkungen des Elitenwechsels, der sich mit der Kollektivierung vollzog.³⁴

Auch traditionale Führungsgruppen, die durch den Elitenwechsel marginalisiert worden waren, konnten ihr Ansehen in Milieus noch lange konservieren. So büßten die wegen ihrer Produktivität und ihrer überdurchschnittlichen Betriebsergebnisse weithin anerkannten „Großbauern“ trotz der gegen sie gerichteten rigorosen Verdrängungspolitik des SED-Regimes, das im November 1950 die traditionellen Raiffeisengenossenschaften als „Bäuerliche Handelsgenossenschaften“ (BHG) in die VdgB überführte, auch in den fünfziger Jahren ihren gesellschaftlichen Einfluß keineswegs vollständig ein. Dorfbewohner schützten „Großbauern“ vereinzelt noch 1952/53 gegen die staatlichen Erfasser, die landwirtschaftliche Erzeugnisse beschlagnahmten; vor der Neuwahl der VdgB-Ortsvereinigungen wurden im Bezirk Frankfurt (Oder) Ende 1952 sogar achtzig „Großbauern“ aus den Dörfern „entfernt“, um Mehrheiten für sie in einzelnen Gemeinden zu verhindern.³⁵ Zwei Monate nach der Vollerhebung vom 17. Juni 1953 registrierten von Verschwörungängsten verunsicherte Funktionäre der SED-Bezirksleitung Potsdam erschreckt nicht nur, daß Traktoristen der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) für „Großbauern“ arbeiteten, sondern auch „Versuche[n] großbäuerlicher Elemente, sich wieder in die Vorstände der VdgB (BHG) einzuschleichen oder wieder in den Gemeindevertretungen Positionen zu erreichen“.³⁶ Wegen ihrer oft ausgewiesenen Fachqualifikation forderten Genossenschaftsbauern „Großbauern“ in den fünfziger Jahren auf, die Leitung von wirtschaftlich ungefestigten LPG zu übernehmen. Schon bevor die SED-Führung im Dezember 1954 das zunächst verhängte Eintrittsverbot für „Großbauern“ für die Produktionsgenossenschaften aufhob, verbreitete sich in der LPG Niederjesar (Bezirk Frankfurt/Oder): „Die jetzt die LPG leiten, verstehen nichts davon. Nur ein richtiger „Großbauer könnte diese Aufgabe erfüllen“. Gelegentlich wurden die alteingewohnten Landwirte sogar gegen den Widerstand der übergeordneten SED-Funktionäre zu LPG-Vorsitzenden gewählt.³⁷

Ihr „kulturelles Kapital“ sicherte traditionellen Eliten, gegen die sich die „Kaderpolitik“ des SED-Regimes richtete, noch lange einen Einfluß, der im Generationswechsel weiterwirkte. So gelang Söhnen von „Großbauern“ seit den späten fünfziger Jahren zunehmend

34 Zit. nach: BLHA, Bez. FfO. Rep. 730, Nr. 970 (Disposition für den Einsatz einer Brigade des Büros der Bezirksleitung im Kreis Seelow). Hardenberg war als Angehöriger des nationalkonservativen Widerstandes gegen das NS-Regime schon 1944 enteignet worden und Anfang 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen gestorben. Vgl. Klaus Gerbet, Carl-Hans Graf von Hardenberg 1891–1958. Ein preußischer Konservativer in Deutschland, Berlin 1993. Zu den Formen der Verweigerung und Nonkonformität in dörflich-agrarischen Milieus in den fünfziger Jahren: Arnd Bauerkämper, Abweichendes Verhalten in der Diktatur. Probleme einer kategorialen Einordnung am Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR, in: ders./Sabrow/Stöver, S. 301–311. Zu dem Wertefundament der Lebensführung in der ostdeutschen „Unterschichtengesellschaft“ allgemein: Lüdtkke, S. 4f.

35 BLHA, Bez. FfO. Rep. 730, Nr. 973 (Bericht über die Situation im Bezirk bei den Versammlungen zur Neuwahl der Ortsvereinigungen und Wahl der Delegierten zur Kreisbauernkonferenz).

36 BLHA, Bez. Pdm. Rep. 530, Nr. 730, Bl. 197.

37 Zit. nach: BLHA, Bez. FfO. Rep. 730, Nr. 957 (Bericht v. 18.11.1957). Beispiel auch in: BLHA, Bez. Pdm. Rep. 530, Nr. 1348 (Schreiben v. 8.9.1958).

der Aufstieg zu Vorsitzenden von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.³⁸ Auch an vielen Schulen bestimmte die numerisch kleine Gruppe der überwiegend hochqualifizierten etablierten Pädagogen in den Kollegien die fachlichen Standards. Die Zuweisung der schnell ausgebildeten Neulehrer löste deshalb überwiegend Mißtrauen und oft sogar eine Geringschätzung aus, die in Bezeichnungen wie „Sechs-Wochen-Ferkel“ oder „Kommunisten-Lümmel“ artikuliert wurde. Viele Neulehrer, die sich ihrer geringen fachlichen Qualifikation durchaus bewußt waren, übernahmen deshalb die Anforderungen ihrer älteren Kollegen und hielten dezidiert am traditionellen humanistischen Bildungsideal fest. Darüber hinaus übten die gesellschaftlichen Milieus, in die Schulen einbezogen waren, einen z. T. erheblichen Anpassungsdruck auf die angestellten neuen Pädagogen aus. So initiierten Neulehrer, die oft egalitäre Bildungskonzepte vertraten, im Ost-Berliner Scheunenviertel nicht nur kulturelle Veranstaltungen und Arbeitseinsätze zum „Aufbau des Sozialismus“ und zur wirtschaftlichen Rekonstruktion, sondern sie mußten besonders den fachlichen Erwartungen gerecht werden, die auch Eltern in diesem Arbeitermilieu mit der Ausbildung ihrer Kinder verknüpften. Die traditionellen Normen in gesellschaftlichen Milieus und berufsständische Solidarität, aber auch politische Indifferenz der jungen Pädagogen, ihr vorrangiges Interesse an ihrer Unterrichtstätigkeit und ihr Streben nach beruflicher Sicherheit und materieller Versorgung verhinderten damit, daß die Neulehrer die SED-Politik uneingeschränkt ausführten, die von dem Regime propagierte Staats- und Gesellschaftsideologie ungefiltert vermittelten und damit nur als „Propagandisten des gesellschaftlichen Fortschritts“ agierten.³⁹

Überhaupt sahen sich die von dem staatssozialistischen Regime installierten Eliten widersprüchlichen Erwartungen ausgesetzt, die ihren Handlungsspielraum erheblich einengten. Besonders Betriebe waren in der DDR als „Vergesellschaftungskern“⁴⁰ Räume des Interessenausgleichs; die damit verbundenen aufreibenden Vermittlungsfunktionen zwangen das Leitungspersonal täglich zu Arrangements und Konzessionen. So waren Direktoren staatlicher Industriebetriebe und die ihm unterstellten Direktoren der einzelnen Abteilungen einerseits für die Erfüllung der Produktionspläne verantwortlich, mußten aber andererseits auch auf die Interessen der „Werk tätigen“ Rücksicht nehmen. Diese wurden von der SED-Führung als führende Kraft des Staatssozialismus idealisiert, gewannen damit einen spezifischen, kaum anzutastenden Nimbus und verfügten deshalb über eine beträchtliche Verhandlungsmacht. Das Leitungspersonal bewältigte die daraus resultierenden, in der Mangelwirtschaft der DDR nahezu permanent bestehenden Zielkonflikte im Spannungsfeld zwischen der Rollenzuweisung als Vorgesetzte der Beschäftigten und dem vorherrschenden egalitären Selbstverständnis als Angestellte des Staates durch Improvisation, informellen

38 Dazu exemplarisch der Bericht vom 27. Juni 1958 in: BLHA, Bez. FfO. Rep. 730, Nr. 970. „Kulturelles Kapital“ kann nach den soziologischen Arbeiten Pierre Bourdieus als „konvertierbares Humankapital“ gelten. Vgl. Sven Reichardt, Bourdieu für Historiker? Ein kultursoziologisches Angebot an die Sozialgeschichte, in: Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hg.) *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theorie-Debatte*, München 1997, S. 76.

39 Häder, *Schülerkindheit*, S. 335f., 338; dies., *Folgen*, S. 248–250, 253–255; Hohlfeld, „Kommunisten-Lümmel“, S. 257. Dazu auch: Petra Gruner, „Steineklopfen wär‘ auch möglich gewesen“. Der Neubeginn in der Erfahrung von Neulehrern, in: Arnd Bauerkämper/Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz (Hg.), *Der 8. Mai 1945 als historische Zäsur. Strukturen – Erfahrungen – Deutungen*, Potsdam 1995, S. 136f.

40 Martin Kohli, *Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung*, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, S. 38f.

Austausch, Betriebsegoismus, „Ergebniskosmetik“ und unterschiedliche Anpassungsstrategien, sowohl gegenüber den Arbeitskräften als auch gegenüber den übergeordneten Parteileitungen und Staatsbehörden. In den Mikromilieus der Betriebe internalisierten die neuen industriellen Funktionseleiten damit vielfältige Formen des Lavierens, die eine nachhaltige politische Funktionalisierung der führenden „Kader“ nicht zuließ.⁴¹

Besonders die in der Zentralverwaltungswirtschaft verankerte Fixierung auf quantitative Planziele zwang Betriebsleitungen, hohe Produktionsergebnisse zu sichern, so daß die externe Weiterqualifikation von unentbehrlichem Personal – und damit die Bildung neuer „Kader“ – verzögert oder sogar blockiert wurde. Dabei ist allerdings der hohe Stellenwert der betriebsinternen Qualifizierung am Arbeitsplatz in der DDR in Rechnung zu stellen.⁴² In betrieblichen Milieus behinderten aber traditionelle Statusdifferenzen und Abgrenzungen zwischen unterschiedlichen Beschäftigtengruppen den Elitenwechsel, der entgegen der von dem SED-Regime propagierten egalitären Legitimationsideologie und dem Ziel der gesellschaftlichen Homogenisierung – exemplarisch proklamiert in der angestrebten Fusion von „Arbeiterklasse“ und „Intelligenz“ und dem Konzept der „sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“ – durch soziale Konflikte und Distinktionsprozesse gekennzeichnet war. So traf die „neue technische Intelligenz“, die seit 1955 von dem SED-Regime gezielt herangebildet wurde, aus ihrer Fachqualifikation – nachgewiesen durch Bildungsabschlüsse und akademische Titel – den Anspruch auf gehobene Positionen ableitete und in den späten fünfziger und in den sechziger Jahren in den Betrieben Führungspositionen erreichte, auf massive Vorbehalte. Die überwiegend geringer qualifizierten und aus der Arbeiterschaft aufgestiegenen politischen „Kader“ perpetuierten und verstärkten mit ihren antiintellektuellen Resentiments gegenüber jungen Ingenieuren traditionelle Einstellungen, die mit dem offiziellen Proletkult vereinbar waren, aber dem ebenfalls angestrebten „Aufbau des Sozialismus“ entgegenwirkten. Der Gegensatz zwischen der Doktrin gesellschaftlicher Egalität und der sozialstrukturellen Entdifferenzierung einerseits und den funktionalen Leitungs- und Steuerungsanforderungen arbeitsteiliger Industriegesellschaften andererseits generierte in der „Kaderpolitik“ damit Widersprüche, die in den betrieblichen Arbeits- und Lebensbeziehungen bewältigt werden mußten. Auf die Klagen der Intelligenz über schlechte Behandlung in den Betrieben ging 1960 sogar der Erste Sekretär der SED und Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht in einer Erklärung ein, indem er ein „seelenloses, bürokratisches Verhalten“ der Staats- und Parteifunktionäre beklagte und diese zu „viel Takt, Fingerspitzengefühl und menschliche[r] Größe“ gegenüber den ihnen untergebenen Fachleuten aufforderte.⁴³

41 Hübner, Manager, S. 61–65, 75–78. Als Fallstudie hierzu und zum folgenden der Beitrag von Georg Wagner-Kyora in diesem Band. Zum Stellenwert des Interessenausgleichs in betrieblichen Netzwerken: Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995, bes. S. 211–245; ders., Arbeiterklasse als Inszenierung? Arbeiter und Gesellschaftspolitik in der SBZ/DDR, in: Bessel/Jessen, S. 211–219. Dazu auch der Ausblick auf die zukünftige Forschung in: Christoph Kleßmann, Die „verstaatlichte Arbeiterbewegung“. Überlegungen zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft in der DDR, in: Karsten Rudolph/Christel Wickert (Hg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen der Demokratie. Fs. für Helga Grebing, Essen 1995, S. 116f. Zur Machtbasis der Arbeiter in den Betrieben: Stock, S. 332.

42 Augustine, S. 56.

43 Zit. nach: Anna-Sabine Ernst, Erbe und Hypothek. (Alltags-)kulturelle Leitbilder in der SBZ/DDR 1945–1961, in: Kultur und Kulturträger in der DDR. Analysen, hg. von der Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat, Berlin 1993, S. 43f. Vgl. auch Augustine, S. 62. Zum Stellenwert von Bildungsabschlüssen für das Selbstbild und den Erwartungshorizont der „neuen Intelligenz“: Stock, S. 305, 307, 311. Zur

In den Universitäten und in der Ärzteschaft konstituierten professionelle Leistungsstandards und exklusiv-elitäre Leitvorstellungen Milieus, die neuen „Kadern“ hohe Barrieren entgegensetzten und wegen der Unentbehrlichkeit des Fachwissens dieser traditionellen Eliten von dem SED-Regime nur schrittweise aufgebrochen werden konnten. Da die Professoren in den medizinisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten mit der Habilitation noch in den fünfziger Jahren weitgehend die Zulassung kontrollierten, konnten sie das autoritäre Milieu der Ordinarienfakultäten bewahren, das durch hierarchische Schüler-Lehrer-Beziehungen und vielfältige informelle Abhängigkeitsverhältnisse gekennzeichnet war. Eine rigide Leistungsorientierung und technizistische Handlungskonzepte bildeten – verknüpft mit einem humanistischen Bildungsideal und dem Selbstverständnis als bürgerliche Wertelite – das Fundament der medizinisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten an den Hochschulen. Akademischen Professionalismuserwartungen und die sich daraus ergebende Solidarität erschwerten auch den Elitenwechsel unter den Ärzten und verzögerten sogar bei den jungen Medizinerinnen – wie bei den Ingenieuren – den Wandel des Selbstverständnisses und des Berufsethos. Diesem Anpassungsdruck, der von den Milieus an den etablierten Medizinfakultäten und den Ärzten ausging, konnten sich auch die medizinischen Akademien nicht widersetzen, die 1954 auf Druck der SED-Führung in Erfurt, Magdeburg und Dresden eingerichtet wurden. Auf die Kritik, lediglich einen „Wundarzt 2. Klasse“ aus den neuen Ausbildungsstätten zu entlassen, reagierten die – von den etablierten Universitäten in die Akademien berufenen – Professoren, indem sie eine hohe Fachqualifikation der Absolventen anstrebten. Ebenso wie in den Schulen übten offenbar auch in diesen Institutionen traditionelle berufsständische Vorstellungen und Bildungsideale auch auf die *homines novi* einen hohen Konformitätsdruck aus.⁴⁴

4. Der Einfluß traditioneller Werte und Mentalitäten auf den Elitenwechsel

Das Handeln von Funktionseleiten wird maßgeblich von Mentalitäten beeinflusst, die als „intervenierende Faktoren“ die „wahrnehmende und verarbeitende Subjektivität der Akteure“ zwischen „Anforderung und Verhalten“ bezeichnen. Mentalitäten sind damit als Formen der Wirklichkeitsauslegung einzustufen, die als „kollektive Einstellungen wesentliche Bestimmungsgründe für soziales Verhalten“ sind. Im folgenden werden deshalb Wertvorstellungen, Normen, Selbst- und Fremdbilder gesellschaftlicher Funktionseleiten in der DDR nachgezeichnet. Darüber hinaus ist der Habitus von Führungspersonen in der DDR als Ordnungsrahmen der Wirklichkeitsverarbeitung im Handlungsfeld zwischen den Interessen und Identitäten sowie den Funktionszuweisungen und Erwartungen übergeordneter „Kader“

„sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“: Günter Erbe, Arbeiterklasse und Intelligenz in der DDR. Soziale Annäherung von Produktionsarbeiterschaft und wissenschaftlich-technischer Intelligenz im Industriebetrieb?, Opladen 1982, S. 181–200. Allgemein: Geißler, S. 104f.; Nakath, S. 553.

44 Jessen, Elitenwechsel, S. 25, 42, 52; Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“, S. 336, 340; dies., Profession, S. 40–42.

zu beleuchten.⁴⁵ Die Darstellung verdeutlicht, daß überlieferte Vorstellungen im Elitenwechsel in Ostdeutschland kulturgeschichtlich eine Brückenfunktion gewannen. Einerseits förderte die traditionelle Staatsorientierung eine Teilidentifikation der Funktionseleiten mit der Politik der Parteiführung; andererseits hielten viele SED-Spitzenfunktionäre an technokratischen Idealen fest. Zumindest bis zu den siebziger Jahren verband der wirkungsmächtige, auch aus der forcierten Industrialisierung und Kollektivierung in der UdSSR in den dreißiger Jahren deduzierte „Machbarkeitswahn“⁴⁶ in der DDR die Funktionseleiten, besonders die „technische Intelligenz“, nachhaltig mit der politischen Führung. Damit erreichte das SED-Regime zwar ebensowenig die angestrebte umfassende gesellschaftliche Homogenisierung wie die Beseitigung aller Distinktionen; der Wertetraditionalismus war aber eine wichtige Grundlage der fragilen Elitenallianz, auf der die staatssozialistische Diktatur in der DDR bis zu den achtziger Jahren beruhte.⁴⁷

Bei der Analyse des Elitenwechsels sind deshalb nicht nur die Herrschaftsprogrammatik und die politischen Eingriffe des SED-Regimes zu rekonstruieren, sondern immer auch die vielschichtigen Intentionen, unterschiedlichen Interessen und spezifischen individuellen Erfahrungen der bei den Prozessen Beteiligten in Rechnung zu stellen. So war die Machtelite der führenden Parteifunktionäre, die in der SBZ von den sowjetischen Besatzungsbehörden eingesetzt wurden und vereinzelt bis zum Zerfall des SED-Regimes 1989 Leitungspositionen einnahmen, von der Erfahrung des gewalttätigen Parteienkonflikts in der sich auflösenden Weimarer Republik von 1929 bis 1933, der Stalinisierung der KPD, dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Exil oder Untergrund ebenso nachhaltig geprägt worden wie durch Haft und Verfolgung. Die Erfahrung sozialer Marginalität, des Kampfes, der politischen Unterdrückung und physischen Vernichtung hatte so nicht nur den „antifaschistischen“ Impetus der führenden KPD-Politiker gespeist, sondern auch einen Verhaltenskanon begünstigt, „der unbedingte Treue über Zweifel und Kritik, Opferbereitschaft über Individualismus, Wir-Orientierungen über Ich-Orientierungen stellte“. Mit diesen Werten war ein Solidaritäts- und Gemeinschaftskult verbunden, in dem „Verhaltenseigenschaften wie Wachsamkeit, Gespür für Machtverschiebungen, für bedrohliche Gruppen- und Koalitionsbildungen“ prämiert wurden. Demgegenüber war die Nation als Leitbild aus der Sicht der deutschen Kommunisten nach der NS-Terrorherrschaft vollends zerschlagen und so nachhaltig diskreditiert, daß ein Rekurs auf die Nationalgeschichte in der SBZ/DDR – im Gegensatz zu Polen – weitgehend ausgeschlossen war.⁴⁸

45 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Volker Sellin, Mentalitäten in der Sozialgeschichte, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. 3: Soziales Verhalten und soziale Aktionsformen in der Geschichte, Göttingen 1987, S. 102; ders., Mentalität, S. 597. „Habitus“ bezeichnet in den kultursoziologischen Arbeiten Bourdieus „Systeme dauerhafter Dispositionen, strukturierte Strukturen, die geeignet sind, als strukturierende Strukturen zu wirken, mit anderen Worten: als Erzeugungs- und Strukturierungsprinzip von Praxisformen und Repräsentationen, die objektiv ‚geregelt‘ sind, ohne im geringsten das Resultat der gehorsamen Erfüllung von Regeln zu sein ...“ Vgl. Pierre Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis, Frankfurt/M. 1979, S. 165. Erläuterung in: Reichardt, S. 74.

46 Dietrich Beyrau, Bildungsschichten unter totalitären Bedingungen. Überlegungen zu einem Vergleich zwischen NS-Deutschland und der Sowjetunion unter Stalin, in: Afs 34, 1994, S. 38.

47 Hübner, Manager, S. 66, 76f. Dazu umfassend der Beitrag von Peter Hübner in diesem Band. Hinweis in: Stammer, Mann, S. 22; ders., Sozialstruktur, S. 101. Allgemein auch: Lütke, S. 14f.

48 Wolfgang Engler, Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus, Frankfurt/M. 1992, S. 69–71. Zum Erfahrungshintergrund: Eric Weitz, Creating German Communism, 1890–1990.

Die Orientierung der „Kaderpolitik“ des SED-Regimes an dem marxistisch-leninistischen Universalismus – anstelle klar abgegrenzter Kompetenzbereiche, spezialisierter Tätigkeit und geregelter Laufbahnen – institutionalisierte in den Herrschaftsapparaten zudem Ungleichheit und Unberechenbarkeit, die auch als Verhaltensregulative wirkten. Die Ausübung von Macht, mit der die Unsicherheit des Aufstiegs schließlich abgebaut und die omnipräsente Gefahr der Degradierung reduziert werden konnte, setzte einen beruflichen Aufstieg voraus, für den weniger fundiertes Spezialwissen als Gehorsam und Opferbereitschaft erforderlich waren. Die Kooptation der Führungspersonen und ihre institutionell-politische Einbindung begünstigten insgesamt eine „Mischung mobiler, elastischer Anpassungsfähigkeit nach oben und eine zugleich entschlossene und flexible Durchsetzungskraft nach unten“.⁴⁹ Die „Festungsmentalität“⁵⁰, die vor allem aus der Minoritätenposition der kommunistischen Spitzenfunktionäre hervorgegangen war, generierte darüber hinaus einen Habitus, der durch Pragmatismus und praktische Erfordernisse, nicht aber durch Formenvielfalt gekennzeichnet war. Die „Eliten, die keine sein wollten“⁵¹, bildeten in der DDR deshalb keinen Lebensstil heraus, der über soziale Distinktionskraft verfügte und gesamtgesellschaftliche Leitbildfunktion gewann. Zugleich konnte sich zwischen den herrschaftspolitischen Gestaltungsutopien der Machteliten und den technokratischen Konzepten der gesellschaftlichen Funktionseliten – besonders in den sechziger Jahren – ein symbiotisches Verhältnis entwickeln, das sich in einem ausgeprägten Expertenkult widerspiegelte.⁵²

In der „Trümmergesellschaft“⁵³ der Nachkriegszeit erleichterten besonders die weitverbreiteten Sekuritätsbedürfnisse den Personalaustausch. Die Ziele, eine gesicherte berufliche Laufbahn zu erreichen, die nationalsozialistische Vergangenheit zu überwinden und am „Aufbau des Sozialismus“ teilzunehmen, förderten dabei außer der Furcht vor einem erneuten sozialen Abstieg in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren eine Teilidentifikation der Neulehrer mit der Legitimationsideologie der neuen Machthaber in der SBZ, ohne daß die neuen Pädagogen damit die auch in Arbeitermilieus fest verankerten bildungsbürgerlich-humanistischen Ideale aufgaben und ausschließlich als Erfüllungshelfen der sich herausbildenden staatssozialistischen Diktatur agierten. So waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit „in Jüterbog, Luckau und Cottbus viele Neulehrer der SED beigetreten, aber nur zum Schein“. Nach dem Bericht eines Neulehrers vom Oktober 1947 setzten seine Kollegen „allen Maßnahmen des Schulleiters, die einen politischen Charakter tragen [...], einen geheimen, aber hartnäckigen Widerstand entgegen“. Das von Marx in seiner Analyse der Pariser Kommune entwickelte Ideal einer universal-humanistischen Herrschaft

From Popular Protest to Socialist State, Providence 1997, S. 233–279; Bauerkämper/Danyel/Hübner, S. 70f. Zur politischen Sozialisation der KPD-Sitzenfunktionäre auch: Benser, S. 28–39.

- 49 Bálint Balla, Kaderverwaltung. Versuch einer Idealtypisierung der ‚Bürokratie‘ sowjetisch-volksdemokratischen Typs, Stuttgart 1972, S. 271. Umfassender ausgeführt in: Bálint Balla, „Bürokratische“ oder „Kader“-Verwaltung? Zur Idealtypisierung der „Bürokratie“ sowjetisch-volksdemokratischen Typs, in: Zeitschrift für Soziologie 2, 1973, S. 114–116, 121. Dazu auch die kollektivbiographische Untersuchung der Funktionäre der SED-Bezirksleitungen in dem Beitrag von Helga A. Welsh in diesem Band.
- 50 Gerd Meyer, Zur Soziologie der DDR-Machtelite. Qualifikationsstruktur, Karrierewege und „politische Generationen“, in: DA 18, 1985, S. 515.
- 51 Irene Runge, Eliten, die keine sein wollten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 41, 1996, S. 1165–1170.
- 52 Engler, S. 71–73; Stock, S. 312, 330.
- 53 Karl Teppe, Trümmergesellschaft im Wiederaufbau, in: APZ, B 18–19/95, 28.4.1995, S. 22–33.

und „Kader“-Verwaltung, das von dem kommunistischen Regime in der DDR für sich reklamiert wurde, ermöglichte demgegenüber eine Teilidentifikation der pädagogischen „Intelligenz“ mit der SED-Führung. Spitzenfunktionäre der Partei und Neulehrer teilten zudem den „pädagogischen Idealismus“, der die „Kaderpolitik“ des Regimes insgesamt kennzeichnete.⁵⁴

Zunehmend trieben auch Aufstiegsambitionen den Elitenwechsel voran. Im Aufstieg der neuen „sozialistischen Intelligenz“ verschmolzen paradigmatisch Professionsinteressen des technischen Leitungspersonals und sein traditionelles Berufsbild des unpolitischen Experten mit dem sich in der SED-Führung durchsetzenden technizistischen Politikkonzept, das in dem Ideal der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ angelegt war, weitreichenden Gestaltungsvisionen Auftrieb verlieh und in sechziger Jahren in dem „Neuen Ökonomischen System“ kulminierte. Schon in den späten fünfziger Jahren hatten Fortschritte bei der sozioökonomischen Transformation in der DDR Reformforderungen ausgelöst und Überlegenheitsvorstellungen Auftrieb verliehen, die technokratisch-rationale Politik- und Entscheidungsstile förderten. Der Mauerbau hatte darüber hinaus nicht nur das Bedrohungsgefühl der Machthaber, die gelegentlich hysterische Propagandakampagnen inszenierten und Mobilisierungswellen initiierten, vermindert, sondern auch betriebliche Hierarchien gefestigt und die fachliche Qualifikation gegenüber – der weiterhin unabdingbaren – politischen Loyalität aufgewertet. Diese Reorientierung, die den Primat der zentralen Parteiherrschaft keinesfalls in Frage stellte, war mit dem traditionellen Berufsethos der Funktionseliten ebenso kompatibel wie mit dem Expertenkult und Relikten bürgerlich-humanistischer Ideale, die das SED-Regime den „bürgerlichen“ Fachleuten von Staats- und Parteifunktionären schon in den fünfziger Jahren als Integrationsideologie angeboten hatte.⁵⁵ Nicht nur Techniker und Ingenieure, sondern auch Professoren konnten deshalb weiterhin eine bürgerliche Lebensführung kultivieren, und sie hielten zumindest bis zu den sechziger Jahren an traditionellen Werten und überlieferten Umgangs- und Geselligkeitsformen fest.⁵⁶

Der Professionalismus gesellschaftlicher Funktionseliten verschmolz endgültig mit den technokratisch-pragmatischen Herrschaftskonzepten der Machthaber in der DDR, als sich hier in den sechziger Jahren eine „Laufbahngesellschaft“ herausbildete, die Reproduktion der Führungsgruppen durch den Generationswechsel zurückging und die Elitenstruktur –

-
- 54 Christoph Boyer, „Die Kader entscheiden alles ...“ Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und frühen DDR (1945–1952), Dresden 1996, S. 54. Zu dem integrationalistischen Universalismus als Merkmal: Balla, „Bürokratische“ oder „Kader“-Verwaltung?, S. 104, 108–110, 112; ders., Kaderverwaltung, S. 267f., 275. Zit. nach: Gruner, 134. Zu den Werten und Handlungsorientierungen der Neulehrer in der Nachkriegszeit auch: Häder, Schülerkindheit, S. 334; dies., Folgen, S. 249, 253, 254f.
- 55 Dazu am Beispiel der Software-Experten der DDR die Studie von Dolores L. Augustine in diesem Band. Weiterhin: Hans Werner Prahl, Intelligenz und Elitegruppen in der DDR-Gesellschaft, in: DA 3, 1970, S. 129–131; Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“, S. 333, 335, 342f.; Kleßmann, Relikte, S. 260f.; Stock, S. 312. Zur sozialistischen Fortschrittsideologie allgemein: Dieter Langewiesche, Fortschritt als sozialistische Hoffnung, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 39–55. Zur kulturellen Prägestärke des Bildungskonzeptes und zu seinem Stellenwert im Professionalisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts: Wehler, Bildungsbürgertum, S. 228–230.
- 56 Dazu anschaulich die Rekonstruktion der Lebensführung des Pädagogikprofessors Hans Ahrbeck in dem Beitrag von Sonja Häder in diesem Band.

ebenso wie in anderen sozialistischen Ländern – in den Fesseln des „Nomenklatur“-Systems erstarrte.⁵⁷ Als die Mobilität und Durchlässigkeit der „Kader“-Hierarchien schwand, wurde die „Organisiertheit“⁵⁸ offenkundig, die für die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR insgesamt prägend war. Mit der sozialen Abschließung verlor der revolutionäre Impetus auch in der Herrschaftsprogrammatik der SED an Bedeutung, und die – schon in den fünfziger Jahren wichtigen – Organisationstechniken bestimmten vollends die „Kaderpolitik“ der Staatspartei. Die tendenzielle Entideologisierung verlieh dem Berufsethos von Funktionseleiten Auftrieb und gründete auf traditionell obrigkeitstaatlichen Ordnungsvorstellungen, die von den bürgerlichen Eliten vor 1945 verinnerlicht worden waren. In der Parteipropaganda durch das Leitbild der loyalen neuen „Kader“ verdeckt, knüpfte die SED-Politik insofern durchaus auch an etatistisch-korporatistische Traditionen an, die das Selbstverständnis von Funktionseleiten als unpolitische, technische Experten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert bestimmt hatten und durch die militärische Disziplinierung der deutschen Gesellschaft in der NS-Zeit – beschleunigt im Zweiten Weltkrieg – noch verstärkt worden waren. Indem die Parteiführung die untergeordneten „Kader“ in hierarchisierten, institutionell voneinander getrennten „Apparaten“ band, perpetuierte sie zugleich ein Organisationsmodell, das der Repression der SPD im Kaiserreich und der politischen Marginalisierung der KPD in der Weimarer Republik entsprochen und sich auch für die konspirative Arbeit in der nationalsozialistischen Diktatur als geeignet erwiesen hatte.⁵⁹

Auch die moralisierende und individualisierende Kritik an den „Kadern“ durch die Staats- und Parteifunktionäre, die gravierende und anhaltende Funktionsmängel des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems systematisch ausblendeten, konnte an überkommene bürgerliche Wertvorstellungen anknüpfen, die Staatsorientierung und Unterordnungserwartungen mit dem Leitbild einer geregelten, sittlichen Lebensführung kombinierten. Die Machtelite führte mangelhafte Koordinationsleistungen der untergeordneten „Kader“ demnach vorrangig auf individuelle Verfehlungen zurück, die so als Immunisierungsstrategie gegenüber einer weitreichenden, die Macht der Spitzenfunktionäre selber berührenden „Fehlerdiskussion“ instrumentalisiert wurden. Beurteilungen von Führungspersonen enthalten daher viele Hinweisen auf unmoralisches Verhalten, Willkür und Korruption. So nahm die SED-Bezirksleitung in einem Bericht über „entlarvte Provokateure“ im September

57 Zimmermann, S. 326. Dieser Prozeß kann aber trotz des Bedeutungsgewinns technischen Spezialwissens und der funktionalen Spezialisierung in staatssozialistischen Regimes nicht als „Bürokratisierung“ interpretiert werden, da der Primat der Herrschaftssicherung eine bürokratische Amtsführung, die durch „Regel, Zweck, Mittel, ‚sachliche‘ Unpersönlichkeit“ gekennzeichnet ist, strukturell nicht zuließ. Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1972 (Nachdruck 1990), S. 578. Dazu: Bálint Balla, Artikel „Kader“, in: Günter Endrúweit/Gisela Frommesdorf (Hg.), *Wörterbuch der Soziologie*, Bd. 2, Stuttgart 1989, S. 320; ders., „Bürokratische“ oder „Kader“-Verwaltung?, S. 104f., 111, 122f.; ders., *Kaderverwaltung*, S. 267. Begriff der „Laufbahngesellschaft“ nach: Pahl, S. 132.

58 Stammer, *Sozialstruktur*, S. 84, 95.

59 Zimmermann, S. 352f.; Stammer, S. 59. Zum marxistisch-leninistischen Konzept des „Apparats“ der entsprechende Artikel in: Georges Labica/Gérard Bensussan (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 1, Berlin 1983, S. 71–81. Zentralisierung und Immobilität bilden Kontinuitätselemente in der kommunistischen „Kaderpolitik“, denn die Arbeit der in den hierarchisch strukturierten Parteiapparat der KPD eingeordneten Funktionäre war schon in der Weimarer Republik von Disziplin und Unterordnung geprägt, ohne daß der Aktivismus der „Kader“ damit völlig erstickt worden war. Vgl. demgegenüber Weitz, S. 359–368.

1953 folgendermaßen zum Verhalten und zur Lebensführung des Politleiters einer MTS im Bezirk Frankfurt (Oder) Stellung: „Der Genosse K. trank am 30.4.53 stark Alkohol. In diesem Zustand hielt er sich von 3 Uhr nachts bis morgens gemeinsam mit der Genossin G. in den Räumen der Politabt.[Politabteilung] hinter verschlossener Tür auf. [...] Am 7. Mai wurde er durch eine Kontrolle durch Volkspolizeikreisamt [sic] wieder angetrunken angetroffen. Dies wurde im Wachbuch vermerkt. Der Genosse K. strich diesen Vermerk aus, was einer Fälschung im Wachbuch gleichkommt. [...] Sein kapitulantenhaftes Verhalten am 17. und 18.6., wo [sic] er trotz verschärfter Wachsamkeit nicht in der Station war, sondern in der Kneipe am 18.6., dem Tag der Provokation, nicht wach wurde und erst um 9 Uhr auf der Station erschien, kommt noch hinzu“. Indem SED-Parteifunktionäre die „Schwächen“ einzelner Führungspersonen moralisierend verurteilten, knüpften sie an traditionelle Moralvorstellungen an und stilisierten sie zu einem verbindlichen Wertekanon, der die Mentalität und das Verhalten von Eliten auch in der sozialistischen Diktatur bestimmen sollte. Insgesamt bündelten sich in der „Kaderpolitik“ der SED damit die obrigkeitsstaatliche Tradition des „deutschen Sonderweges“ und die kollektivbiographischen Erfahrungen der kommunistischen Spitzenfunktionäre, die auch von Ritualen der stalinistischen Kaderauslese – wie dem Dogma von „Kritik und Selbstkritik“ – tiefgreifend geprägt waren.⁶⁰

5. Eliten in der egalitären Gesellschaft? Ausmaß und Grenzen der kulturellen Distinktion von „Kadern“ in der DDR

Nach 1945 vollzog sich in der „sowjetoide[n] Vorpostengesellschaft“⁶¹ der SBZ ein sozioökonomischer Umbruch, die von der Besatzungsadministration der UdSSR und führenden deutschen Politikern ausgelöst wurde und mit einem ersten Elitenwechsel einherging. Der Personalaustausch trieb die gesellschaftliche Mobilisierung weiter voran, die schon der Zweite Weltkrieg und der Flüchtlingszustrom herbeigeführt hatte. Zwar wurden auch in den westlichen Besatzungszonen traditionale Führungsgruppen entmachtet, die sich an der NS-Terrorherrschaft beteiligt hatten und deshalb diskreditiert waren; die SMAD vollzog die Entnazifizierung in Ostdeutschland jedoch schon früh als strukturellen Umbruch, bei dem ganze Elitengruppen ihren Einfluß einbüßten. Als die Errichtung der SED-Diktatur in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren einen neuen Transformationsschub auslöste, gerieten auch die in der unmittelbaren Nachkriegszeit eingesetzten „Kader“ unter einen beträchtlichen Loyalitätsdruck, der zu Anpassung und Unterordnung führte und damit bei den kommunistischen Funktionären bereits verinnerlichte Verhaltensformen verstärkte. Die

60 Zit. nach: BLHA, Bez. FfO. Rep. 730, Nr. 732 (Bericht der SED-Bezirksleitung vom 25.9.1953). Zum moralisierend-personalisierenden Duktus der Kritik an „Kadern“, denen die Verantwortung für Mißerfolge aufgebürdet wurde, am Beispiel der Leitungskräfte in der Deutschen Wirtschaftskommission, der Staatlichen Plankommission und einzelner Branchenministerien: Boyer, S. 16f., 50, 52, 54. Vgl. auch Berthold Unfried, *Rituale von Konfession und Selbstkritik. Bilder vom stalinistischen Kader*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1994, Berlin 1995, S. 148–164.

61 Zit. nach: Stammer, *Sozialstruktur*, S. 57. Zum sozialgeschichtlichen Umbruch in den vierziger Jahren für Westdeutschland grundlegend die Beiträge in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988.

Zentralisierung der Herrschaftsausübung blockierte schließlich seit den sechziger Jahren zunehmend die gesellschaftliche Entwicklung. So erschwerte die erstarrte „Kaderpolitik“ im darauffolgenden Jahrzehnt den Generationswechsel, ohne den die Erneuerung der Macht- und Funktionseliten verzögert oder verhindert wurde. Darüber hinaus ging die soziale Mobilität, die sich mit dem rigorosen Elitenwechsel bis zu den sechziger Jahren vollzogen hatte, zurück, als die Selbstreproduktion der neuen Führungsgruppen ebenso enorm zunahm wie die Kontrolle der „Kaderpolitik“ durch das Ministerium für Staatssicherheit. Auf die mobilisierte folgte die erstarrte Gesellschaft, auf die „antifaschistisch“-kryptopluralistische die offen diktatorische Herrschaft. Die strukturelle Entwicklung der „Kader“ in der DDR reflektiert damit die Zentralisierung des politischen Systems und die Abschließung der staatssozialistischen Gesellschaft, die sich mit dem Mauerbau auch nach außen abriegelte und danach ein weitgehend auf sich selber bezogener „Soziotop“ blieb.⁶²

In der staatssozialistischen Gesellschaft waren Handlungsspielräume in Milieus aber nicht vollständig beseitigt, so daß die Durchsetzung von Interessen keineswegs a priori ausgeschlossen war und auf einzelnen, oft von sozialen Netzwerken gestützten Aktionsfeldern individuelle Autonomie von zentralstaatlichen Eingriffen kaum berührt wurde. Die Entschlossenheit, individuelle Professionsinteressen zu verwirklichen, und die weitverbreitete „Trotzdem-Identität“⁶³ waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit wichtige Triebkräfte des beruflich-sozialen Aufstiegs in Führungspositionen. Das „alles beherrschende professionelle Interesse, für das politische oder moralische Aspekte bestenfalls eine sekundäre Rolle spielen“, förderte auch anschließend die Unterordnung der Funktionseliten unter die Prerogative der Machthaber in der DDR. In der „Kaderpolitik“ der SED bildeten die unabdingbare individuelle Leistungsorientierung und die Integration in die Kollektive jedoch geradezu einen konstitutionellen Zielkonflikt, der sich in dem Gegensatz zwischen dem Gemeinschaftskult und dem Postulat der „Volksverbundenheit“ einerseits und der Wettbewerbsbewegung und dem Verdrängungskampf andererseits manifestierte. Das Spannungsverhältnis zwischen kollektiven und individuellen Handlungserwartungen ging mit der Ambivalenz von formaler Unterordnung und informellen Freiräumen einher, die besonders Milieus boten. In der DDR eröffneten diese Widersprüche den Funktionseliten begrenzte Aktionsräume; sie blieben dabei aber immer in Herrschaftsapparaten gebunden und waren deshalb auch permanent der Willkür der SED-Führung mit ihren abrupten Kurswechseln unterworfen.⁶⁴

Der tiefgreifende, wenngleich durchaus nicht linear und uniform durchgesetzte Elitenwechsel wurde erleichtert durch einen ausgeprägten Wertetraditionalismus, der von den

62 Zur gesellschaftlichen Selbstisolierung: Stammer, Sozialstruktur, S. 79, 103; Niethammer, S. 104f.; Voigt/Gries, S. 2025. Allgemein: Adler, S. 165–168. Zum „Wechselspiel zwischen Entdifferenzierung und Redifferenzierung“: Meuschel, S. 12. Zum Gegensatz zwischen politischer Homogenisierung und funktionaler Differenzierung pointiert: Pollack, Widersprüchlichkeit, S. 115–117. Zur Rolle des MfS in der „Kaderpolitik“: Karl Wilhelm Fricke, Kaderpolitik und Staatssicherheit in der DDR, in: Dieter Voigt (Hg.), Die Gesellschaft der DDR. Untersuchungen zu ausgewählten Bereichen, Berlin 1984, S. 47–64; Clemens Vollnhals, Nomenklatur und Kaderpolitik. Staatssicherheit und die „Sicherung“ der DDR-Justiz, in: DA 31, 1998, S. 221–238.

63 Dorothee Wierling, Is there an East German Identity? Aspects of a Social History of the Soviet Zone/German Democratic Republic, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 19, 1990, S. 204.

64 Zimmermann, S. 348–351; Stock, S. 304. Zit. nach: Beyrau, S. 49. Allgemein: Pollack, Widersprüchlichkeit, S. 116, 121–124.

SED-Spitzenfunktionären geteilt oder sogar gefördert wurde, um Funktionseliten in das Herrschaftssystem zu integrieren. So gewannen die Staatsloyalität der „neuen Intelligenz“ und die technokratische Mentalität der Machtelite eine Brückenfunktion, die berufsständische Solidarität ebensowenig ausschloß wie die Mitwirkung in traditionellen Gemeinschaftsformen wie Vereinen und Verbänden. Auch die Kontinuität des etatistischen Ordnungsdenkens war geeignet, die neuen „Kader“ in die staatssozialistische Gesellschaft einzugliedern und sie funktional an das SED-Regime zu binden, dem sie letztlich ihren beruflichen Aufstieg und ihre Führungspositionen verdankten. Der Elitenwechsel verweist damit paradigmatisch auf den Widerspruch zwischen „Traditionsabbruch und Traditionsbewahrung“⁶⁵, der die Sozialgeschichte der DDR insgesamt kennzeichnet und sich in der Nachkriegszeit in der spezifischen Mischung von idealistischer Erneuerungseuphorie und Relikten des „deutschen Sonderweges“ bündelte.⁶⁶

Die „neue Intelligenz“ konnte sich zudem auf die traditionelle bildungsbürgerliche Kultur mit ihrer humanistisch-protestantischen Fundierung zurückziehen und einen entsprechenden Lebensstil pflegen, um durch einen kulturellen Homogenisierungsprozeß ihre politische Ohnmacht zu kompensieren. Das SED-Regime erkannte dieses gesellschaftliche Distinktionsstreben durchaus an, indem spezifische Lesebedürfnisse und Modewünsche der „Fachkader“ oder ihrer Ehefrauen in der Versorgungspolitik berücksichtigt wurden. Da die Machteliten keinen Lebensstil entwickelten, der durch Exklusivität oder Raffinesse Leitbildfunktion gewann, und Einkommen sich wegen deren Egalisierung nicht zur Konstruktion spezifischer Lebensstile in einzelnen Gesellschaftsgruppen eigneten, fungierte Bildung auch in der „neuen Intelligenz“ der DDR – wie vor dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ – als wichtiges kulturelles Distinktionskriterium. In der staatssozialistischen Gesellschaft, in der die Verfügung über materielle Güter nur eine geringe Differenzierungswirkung entfaltete, aber ein wichtiges Unterscheidungskriterium blieb, vermittelten Bildungsabschlüsse und -titel kulturelle Ressourcen, beeinflussten den sozialen Status und prägten den Habitus. Zumindest in der „neuen Intelligenz“ der wissenschaftlich-technischen, kulturellen und administrativen Eliten begründeten Bildungszertifikate außerdem Ansprüche auf Führungspositionen. Diese Distinktionsstrategie basierte auf dem überkommenen Selbstverständnis als Wertelite und knüpfte unverkennbar an die Tradition des Berechtigungswesens an, das sich in Deutschland seit dem späten 18. Jahrhundert herausgebildet hatte.⁶⁷ Auch als die Blockade des Generationswechsels und der gesamtgesellschaftlichen Mobilität eine Überfüllung der Ausbildungsinstitutionen verursachte und die Entkopplung von Bildungsabschlüssen und beruflich-sozialem Aufstieg herbeiführte, büßte Bildung als Leitwert für die „neue Intelligenz“ nicht ihre Funktion als Distinktionsmerkmal ein. Ähnlich wie in den Jahrzehnten zwischen 1820 und 1848, als der Staatsdienst das Überangebot an Akademi-

65 Ebd., S. 126.

66 Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“, S. 333, 335; Häder, Schülerkindheit, S. 335–338; Stock, S. 312. Zur den Traditionen des „deutschen Sonderweges“ in der DDR: Bernd Faulenbach, Überwindung des „deutschen Sonderweges“? Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg, in: APZ, B 51/98, 11.12.1998, S. 17–21; Jürgen Kocka, Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: APZ, B 40/94, 7.10.1994, S. 44f.; ders., Nach dem Ende des Sonderwegs. Zur Tragfähigkeit eines Konzepts, in: Bauerkämper/Sabrow/Stöver, S. 371f.

67 Überblick in: Karl-Ernst Jeismann/Peter Lundgreen (Hg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 3: 1800–1970. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, München 1987, S. 166–168.

kern in den deutschen Territorialstaaten nicht mehr aufnehmen konnte, blieb Bildung noch in der „Finalitätskrise“⁶⁸ des ostdeutschen Staatssozialismus das Fundament des Selbstverständnisses kultureller Funktionsebenen.⁶⁹

Die „vergesellschaftende Kraft gemeinsamer Bildung“⁷⁰ blieb in der DDR insgesamt aber begrenzt. Nach der Entmachtung der bürgerlichen Führungsgruppen bestanden in den Funktionsebenen der staatssozialistischen Diktatur zwar Relikte des traditionellen Selbstverständnisses und Berufsethos fort; ein neuer, integrativer Lebensstil ging daraus aber nicht hervor. Da den neuen „Kadern“ eine „spezifische, positive oder negative, soziale Einschätzung der ‚Ehre‘“ ebenso fehlte wie eine ihrer Machtstellung entsprechende und diese repräsentierende „Zumutung einer spezifisch gearteten Lebensführung“⁷¹, konstituierte Bildung in der DDR weder eine „ständische Vergesellschaftung“ noch – wie vor 1945 – eine kohärente, weitgehend geschlossene Subkultur.⁷² Die hier dargelegten Wirkungszusammenhänge des Elitenwechsels können deshalb mit dem Konzept der „sozialistischen Ständegesellschaft“ nicht erfaßt werden.⁷³ Bei den neuen Funktionsebenen ist zwar eine politisch aufgeladene „Parteiehre“ in Rechnung zu stellen, die jedoch von traditionellen ständegesellschaftlichen Konzepten nicht erfaßt wird. Aus elitenhistorischer Sicht stellte die DDR aber auch nicht ausschließlich eine „Organisationsgesellschaft“⁷⁴ dar, denn das wissenschaftlich-technische, kulturelle und administrative Leitungspersonal war nicht durchweg immobil und verfügte – wie gezeigt – über einen Handlungsspielraum, der nicht oder nur partiell von der Herrschafts- und Mobilisierungspolitik des SED-Regimes durchdrungen war. Die Spannungen und Konflikte im ostdeutschen Staatssozialismus sowie der daraus resultierende Zwang zu permanenter Improvisation sind zwar in dem Untersuchungsansatz der „Organisationsgesellschaft“ berücksichtigt, aber terminologisch nicht erfaßt und konzeptionell nur unzulänglich integriert worden.⁷⁵ Auch der durchaus zutreffende Befund, daß die Funktionsebenen in der „Diktatur der Liebe“⁷⁶ dem „sozialistischen Paternalismus“ und der fürsorglichen Kontrolle unterworfen waren, reduziert die komplexe Stellung der gesellschaftlichen Führungseliten in der DDR und ihren vielschichtigen Habitus auf ein einzelnes Merkmal, das

68 Meuschel, S. 221.

69 Stock, S. 325–333. Zu einzelnen Berufsgruppen: Anna-Sabine Ernst, Mode im Sozialismus. Zur Etablierung eines „Sozialistischen Stils“ in der frühen DDR, in: Krisztina Mánicke-Gyöngyösi/Ralf Rytlewski (Hg.), Lebensstile und Kulturmuster in sozialistischen Gesellschaften, Köln 1990, S. 85–89; dies., „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“, S. 48; Gunilla-Friederike Budde, „Tüchtige Traktoristinnen“ und „schicke Stenotypistinnen“. Frauenbilder in den deutschen Nachkriegsgesellschaften – Tendenzen der „Sowjetisierung“ und „Amerikanisierung“?, in: Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/M. 1997, S. 265–269.

70 Jürgen Kocka, Bildungsbürgertum – Gesellschaftliche Formation oder Historikerkonstrukt?, in: ders. (Hg.), Bildungsbürgertum, Teil IV, S. 18.

71 Weber, S. 534f.

72 Engler, S. 85 (Anm. 10). Zit. nach: Lepsius, Bildungsbürgertum, S. 18.

73 Artur Meier, Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft, in: APZ, B 16–17/90, 13.4.1990, S. 3–14.

74 Detlef Pollack, Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie 19, 1990, S. 292–307, bes. S. 293–297.

75 Inzwischen hat sich Pollack von seinem Konzept der „Organisationsgesellschaft“ abgewandt. Vgl. Pollack, Widersprüchlichkeit, S. 114.

76 Wollé, S. 125.

die SED-Politik und die staatssozialistische Gesellschaft zudem erst in den siebziger und achtziger Jahren prägte und vor allem die Sozialpolitik bestimmte.⁷⁷ Die Perspektive sozialen Aufstiegs und der pädagogische Idealismus der staatssozialistischen „Erziehungsdiktatur“ bildeten vielmehr weitere „Loyalitätsressourcen“, die ebenso wie Fürsorge und Klientelismus in den jeweiligen „Apparaten“ Arrangements förderten, auch zwischen den Funktionsebenen und den ihnen übergeordneten Spitzenfunktionären der SED.⁷⁸

Herrschaft war auch in der DDR ein – überaus asymmetrisches – Interaktionsverhältnis. In der staatssozialistischen Diktatur konnte sich eine Aushandlungsgesellschaft von „Kadern“, die mit spezifischen Machtressourcen ausgestattet waren, und den letztlich ihrem Zugriff unterworfenen Gruppen und Individuen nicht herausbilden.⁷⁹ Die DDR blieb bis 1989 zugleich eine Kaderdiktatur und eine Kadergesellschaft, und die Politik der führenden Parteifunktionäre gegenüber den Funktionsebenen sowohl fürsorglich als auch obrigkeitlich-staatlich-bevormundend. Das Leitungspersonal war fest in die Herrschaftsstruktur eingebunden, wurde aber nicht vollständig seiner Autonomie beraubt. Die Mentalitäten und das Handeln der ostdeutschen „Kader“ waren von stalinistischen Vorbildern ebenso bestimmt wie von deutschen Traditionen. Diese Gegensätze und Widersprüche sollten nicht in einer reduktionistischen Begriffsbildung aufgelöst werden. Demgegenüber integriert das allgemeinere Konzept der „staatssozialistischen Diktatur“, das die Erfahrung der Bevölkerung ebenso aufnimmt wie die Legitimationsideologie der Machthaber („Diktatur des Proletariats“), die dargelegten Ambivalenzen und drückt diese deutlich aus, ohne sie vorschnell zu synthetisieren.

77 Gerd Meyer, Sozialistischer Paternalismus. Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik, in: Ralf Rytlewski (Hg.), Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern: Ergebnisse und Probleme der Sozialistischen-Länder-Forschung, Opladen 1989, S. 426–448. Ähnlich die Deutung in: Konrad H. Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: APZ, B 20/98, 8.5.1998, S. 42–46. Zur Sozialpolitik der SED in komparativer Perspektive besonders die Einleitung in: Hans Günter Hockerts (Hg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 8–25.

78 Frank Ettrich, Neotraditionalistischer Staatssozialismus. Zur Diskussion eines Forschungskonzeptes, in: Prokla 86, 1992, S. 103, 105f., 112f. Dazu auch der Hinweis in: Klaus Schönhoven, Drittes Reich und DDR: Probleme einer vergleichenden Analyse von Diktaturerfahrungen, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995, Berlin 1996, S. 198.

79 Engler, S. 163–165. Pointierte Kritik in: Jarausch, S. 38.